

Extremismus-Symposium



Islamismus - Herausforderung für die Demokratie

3. Extremismus-Symposium
am 03. Juni 2010 in Hannover
- Tagungsdokumentation -



Niedersachsen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Hans-Werner Wargel 4

ISLAMISMUS – Herausforderung für die Demokratie

Uwe Schünemann 6

Islam und Demokratie -

Möglichkeiten und Grenzen eines Miteinanders

Günter Lachmann 15

Lamya Kaddor 23

Dr. Ali Ihsan Ünlü 28

Islamismus ohne Gewalt -

Harmlos oder die eigentliche Gefahr

Albrecht Metzger 34

Dr. Ralph Ghadban 39

Globalisierter islamistischer Terrorismus -

Ein überholtes Phänomen?

Dr. Yassin Musharbash 47

Dr. Andreas Rieck 54

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren 69

Vorwort

*Hans-Werner Wargel
Präsident des Niedersächsischen
Verfassungsschutzes*



Mit diesem Tagungsband legt die Niedersächsische Extremismus-Informationsstelle (NEIS) eine Dokumentation des 3. Extremismus-Symposiums des Niedersächsischen Verfassungsschutzes vom 3. Juni 2010 in Hannover vor. Mit seinen Symposien möchte der Niedersächsische Verfassungsschutz zu herausragenden Themen des Extremismus ein Forum der Information und der Diskussion anbieten, um so zur Meinungsbildung beizutragen. Aus verschiedenen Blickwinkeln wurde auf diesem 3. Extremismus-Symposium über den Islamismus als eine Herausforderung für die Demokratie gesprochen.

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben aller Welt die Gefährlichkeit des terroristischen Islamismus vor Augen geführt. Seither haben allein in Europa islamistische Terroranschläge hunderte von Todesopfern gefordert. Nach wie vor ist auch Deutschland der Terrorgefahr ausgesetzt, müssen unsere Sicherheitsbehörden sogar von einer verschärften Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ausgehen. Wir müssen uns immer wieder klar machen, dass Deutschland und auch Niedersachsen keine isolierten Inseln im Weltgeschehen sind. Als Teil des Westens, durch unser Engagement in Afghanistan stehen wir im Blickpunkt militanter Islamisten.

Die ideologischen Grundlagen des Islamismus reichen bis weit in die Geschichte zurück. Allerdings ist der Islamismus in Europa ein relativ junges Phänomen, das sich erst mit Beginn des 21. Jahrhunderts im besonderen Beobachtungsspektrum der Sicherheitsbehörden befindet. Dabei fällt auf, dass der Islamismus eine große Dynamik entwickelt und schnell an Einfluss innerhalb der muslimischen Bevölkerung in unserem Land gewonnen hat. Insbesondere über das Internet verbreiten Islamisten ihre Propaganda. Aber auch Prediger und Schulen, die sich als „salafistisch“ bezeichnen, haben ihre Aktivitäten in den letzten Jahren stark ausgedehnt und an Einfluss erheblich gewonnen. Mit der Islamschule Braunschweig befindet sich ein zentraler Knotenpunkt dieser ideologischen Strömung in Niedersachsen.

Mit dem Salafismus tritt uns eine Ideologie entgegen, die sich an einem aus ihrer Sicht unverfälschten Islam des 7. Jahrhunderts orientiert. Die Demokratie halten Salafisten für eine Staatsform, die im Gegensatz zum Islam steht und die durch die Herrschaft der Scharia, der islamischen Rechtsordnung, ersetzt werden müsse. Salafisten propagieren die strikte Trennung von Mann und Frau im öffentlichen Raum. Damit steht der Salafismus in wesentlichen Punkten in Widerspruch zum Grundgesetz. Die weitaus meisten Salafisten sind keine Terroristen. Aber so gut wie alle islamistischen Terroristen haben sich auf den Salafismus bezogen, der gleichsam der geistige Nährboden für den Terrorismus ist.

Das hier dokumentierte Symposium hat anerkannte Fachleute zusammengeführt, die sich mit der Frage beschäftigen, welche Gefahr sowohl der klar terroristische als auch der legalistische Islamismus für unser Land bedeuten. Dabei wird klar unterschieden zwischen dem Islamismus als verfassungsfeindlicher Ideologie und dem Islam als einer Religion, die selbstverständlich unter dem Schutz der Religionsfreiheit des Grundgesetzes steht. Vertreter muslimischer Organisationen haben das Symposium genutzt, um sich eindeutig von islamistischen Tendenzen abzugrenzen. Darüber hinaus wurde in verschiedenen Beiträgen der Versuch unternommen, eine Perspektive für den Islam in einem der Demokratie und den Traditionen der Aufklärung verpflichtetem Europa aufzuzeigen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hans-Jürgen'.

ISLAMISMUS – Herausforderung für die Demokratie

Uwe Schünemann

Sehr geehrter Herr Präsident Wargel,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich sehr, dass auch das 3. Extremismussymposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes so viel Interesse findet.

Wir haben im letzten Jahr zwei Symposien zu den Themen Links- und Rechtsextremismus ausgerichtet, die ebenfalls große Resonanz fanden. Der Verfassungsschutz will damit seiner Aufklärungsfunktion gerecht werden, die wir in der Niedersächsischen Extremismus- Informationsstelle-Stelle – kurz: NEIS – bündeln und stärken.



NEIS folgt dem Leitmotiv: „Prävention durch Aufklärung“. NEIS ist eine Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger, für die Institutionen, Initiativen, Verbände und Kommunen zu allen Fragen des Extremismus. Wir folgen damit der Überzeugung, dass sich Verfassungsschutz nicht im Verborgenen abspielen darf.

Gerade wenn wir junge Menschen gegen extremistisches Gedankengut immunisieren wollen, wenn wir die geistigen Fundamente unseres freiheitlichen Gemeinwesens stärken wollen, dann müssen wir über die Gefahren für unsere Demokratie öffentlich und umfassend aufklären. Nur so können wir unsere Bürgerinnen und Bürger aktivieren.

Dem dient auch das heutige Symposium zum islamistischen Extremismus. Es ist uns erneut gelungen, worüber ich mich sehr freue, hochkarätige Referenten zu gewinnen. Sie spiegeln eine geballte Fachkompetenz, um die Erscheinungsformen, Strategien und Taktiken politischer Extremisten gründlich zu beleuchten. Und gleichzeitig bietet sich die Chance zu einem lebendigen und auch kontroversen Meinungs austausch.

Wie Extremisten von links und rechts lehnen auch Islamisten die freiheitliche demokratische Grundordnung ab. Sie unterscheiden sich allerdings deutlich in ihren ideologischen Vorgaben vom säkularen Extremismus.

Islamisten streben im Kern eine Gesellschaftsordnung nach Maßgabe des islamischen Rechtssystems der Scharia an. Damit wäre eine rechtliche Ungleichheit der Bürger nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit festgeschrieben.

Gewaltorientierter Islamismus

Im besonderen Fokus unserer Sicherheitsbehörden stehen solche islamistische Gruppen, die mit terroristischer Gewalt ihre Ziele durchsetzen wollen. Von diesen sog. Jihadisten („Glaubenskriegern“) geht unverändert die größte Gefahr für die innere Sicherheit aus. Das ist die übereinstimmende Auffassung der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern. Wir haben heute mit Herrn Musharbash von Spiegel Online und Herrn Dr. Rieck vom Bundeskriminalamt zwei ausgewiesene Kenner des islamistischen Terrorismus eingeladen. Sie können präzise und facettenreich darstellen, mit welcher Bedrohungslage wir zu rechnen haben. Ich will mich deshalb an dieser Stelle auf einige Schlaglichter konzentrieren.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns immer wieder klar machen: Deutschland und auch Niedersachsen sind keine Inseln. Als Teil der westlichen Wertegemeinschaft, Verbündeter der USA und aktiver NATO-Staat in Afghanistan stehen wir verschärft im Feindraster militanter Islamisten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang beispielhaft

- an die versuchten Kofferbomben-Anschläge auf den öffentlichen Personenverkehr im Juli 2006;
- an die im Sept. 2007 zerschlagene Sauerland-Terrorzelle mit Bezügen nach Niedersachsen;
- an die explizit gegen Deutschland gerichteten Drohbotschaften militanter Islamisten, die seit 2009 stark zugenommen haben.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit der gegen Deutschland gerichteten Propagandaoffensive von al-Qaida und ihr nahestehenden Gruppen im Kontext der Bundestagswahl 2009. Eine wesentliche Gefahr der gegen die Bundesrepublik gerichteten Medienkampagne besteht darin, dass fanatisierte Einzelpersonen und Kleinstgruppen durch die Drohbotschaften oder radikale Internetreaktionen zu Anschlagshandlungen motiviert werden könnten. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Medienoffensive nachhaltig die Verfügbarkeit eines islamistischen Personenpotenzials in Deutschland fördert.

Derzeit liegen uns zwar keine Hinweise auf konkret geplante Anschläge vor. Dennoch gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Unverändert muss jederzeit mit Anschlägen gegen deutsche Interessen und Einrichtungen im Ausland und auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland selbst gerechnet werden.

Den Sicherheitsbehörden liegen zudem Erkenntnisse vor, dass Dutzende Personen aus Deutschland in terroristischen Ausbildungslagern im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gewesen sind. Sie haben sich dort einer Ausbildung für den bewaffneten Jihad unterzogen. Einer von ihnen ist der vor kurzem in einem Gefecht mit pakistanischen Soldaten getötete Konvertit Eric Breining, der 2007 in den bewaffneten Kampf zog. Islamistische Terrorgruppen am Hindukusch haben ihn gezielt als „mediales Markenzeichen“ eines „deutschen Jihad“ aufgebaut. Der Fall ging durch die Medien und verdeutlicht schlaglichtartig, dass der gewaltorientierte Islamismus ein zunehmend europäisches Gesicht hat.

Kurze Zeit nach Breiningers Tod erschien im Internet eine angeblich von ihm verfasste Autobiografie. Bei dieser Abhandlung handelt es sich in erster Linie um eine Missionsschrift, einen Spendenaufruf und einen Aufruf zur Teilnahme am militanten Jihad. Durch die persönliche Ansprache kann diese Schrift eine große potentielle Wirkung entfalten. Dazu trägt auch bei, dass nicht nur militante Islamisten als Belegquellen zitiert werden, sondern auch klassische Rechtsgelehrte. Vorliegende Schrift könnte daher eine große Bedeutung für die Radikalisierung im deutschsprachigen Raum bekommen. Sie ist auch geeignet, Nichtmuslime unmittelbar an radikale Islaminterpretationen heranzuführen. Mit dieser angeblichen Autobiografie in deutscher Sprache hat die jihadistische, auf Deutschland zielende Propagandaoffensive einen neuen Höhepunkt erfahren.

Teilweise kehren die Absolventen terroristischer Ausbildungslager als „Attentäter auf Abruf“ nach Europa zurück, so wie im Fall der Sauerland-Terrorzelle. Ihre Mitglieder sind wegen Anschlagsvorbereitungen auf deutschem Boden im März d. J. zu hohen Haftstrafen verurteilt worden. Der Kreis der hochgradig gewaltbereiten Islamisten lässt sich in Deutschland auf einige Hundert Personen eingrenzen. Diese Größenordnung zeigt, wie falsch und vermessen es ist, wenn Muslime unter Generalverdacht gestellt werden. Ebenso falsch ist es aber, die Bedrohung durch militante Islamisten klein zu reden. Denn die Jihadisten zielen auf möglichst viele Opfer und Maximalschäden. Im Fall der sog. „Sauerlandgruppe“ haben die Ermittlungen und der Prozess klar ergeben, dass die Täter den Tod von mindestens 150 Menschen geplant haben.

Auf Massenmord angelegte, spektakuläre Anschläge sind ein Teil der Kom-

munikationsstrategie islamistischer Terroristen. Die westliche Zivilisation soll als schwach und verwundbar vorgeführt werden. Das unterscheidet den islamistischen vom „konventionellen“ Terrorismus etwa linksgerichteter Gruppen wie der RAF, die vor allem führende Repräsentanten des „Systems“ ins Visier nahmen.

Die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern müssen wachsam sein und sich auf einen lang andauernden Anti-Terror-Kampf einstellen. Ich halte im Übrigen gar nichts davon, wenn immer wieder ein Gegensatz zwischen Sicherheitspolitik und dem Schutz der Freiheits- und Bürgerrechte konstruiert wird. Die Freiheit der Bürger ist nicht denkbar ohne Sicherheit. Sicherheit ist die Voraussetzung der Freiheit. Deshalb haben wir die operative Schlagkraft unserer Sicherheitsbehörden in der Terrorismusbekämpfung durch vielfältige Maßnahmen gestärkt. Wir haben u. a.

- das Personal von Polizei und Verfassungsschutz aufgestockt,
- ein Gemeinsames Informations- und Analysezentrum von Polizei und Verfassungsschutz (GIAZ) eingerichtet
- und uns erfolgreich für die Realisierung der Anti-Terrordatei im Bund eingesetzt.

Auch zukünftig wird die Beibehaltung eines hohen Fahndungs- und Kontrolldrucks erforderlich sein. Das betrifft insbesondere die Aufklärung und Enttarnung der Täterkommunikation im Internet. Potenzielle islamistische Gewalttäter nutzen extensiv moderne Informationstechnologien und verlagern in Teilen die Radikalisierung, Rekrutierung und Ausbildung in die virtuelle Welt. Die operativen und technischen Fähigkeiten der Sicherheitsbehörden müssen deshalb mit dieser dynamischen Entwicklung Schritt halten. Das betrifft die Bereitstellung von Ressourcen, aber auch neue Eingriffsbefugnisse, um die Täterkommunikation über Computer und Internet wirksam aufspüren zu können.

Islamistischer Extremismus ohne Gewalt

In der öffentlichen Wahrnehmung steht Islamismus zumeist für al-Qaida und den Terror finsterner Gotteskrieger. Die Jihadisten sind jedoch – rein zahlenmäßig - eine Minderheit in der islamistischen Szene. Die meisten Islamisten hierzulande setzen keine Gewalt bei der Durchsetzung ihrer Ziele ein.

- Wie ist dieser „Islamismus ohne Gewalt“ einzuschätzen?
- Ist er harmlos oder nicht gerade deshalb gefährlich, weil seine Vertreter subtil und hinter legaler Fassade Parallelgesellschaften

den Boden bereiten?

- Besteht die Gefahr, dass islamistische Gruppen die großzügig verbriefte Religionsfreiheit in Europa dazu missbrauchen, unsere Demokratie zu demontieren?

Das sind brisante Fragen, die uns heute Nachmittag intensiv beschäftigen werden. Mit Herrn Metzger und Herrn Dr. Ghadban haben wir zwei profilierte Islamismus-Experten gewinnen können, die darauf gründlich und auch kontrovers eingehen werden.

Der Verfassungsschutz versteht sich als Frühwarnsystem einer wehrhaften Demokratie. Das heißt: Er beobachtet nicht erst dann, wenn eine politische Bestrebung gewalttätig ist, sondern bereits dann, wenn Anhaltspunkte für Verfassungsfeindlichkeit vorliegen. Daher verdient auch der nicht-gewaltorientierte Islamismus unser Augenmerk. Denn auch er steht für Ziele, die mit Kernprinzipien unserer Verfassungsordnung nicht vereinbar sind, z. B. eine rechtliche Diskriminierung nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit.

In Deutschland umfasst das islamistische Anhängerpotenzial schätzungsweise 36.270 Personen (Stand 2009). Wie gesagt, nur ein Bruchteil davon wird als gewaltorientiert eingestuft. Mit allein rd. 29.000 Personen ist die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) die mit Abstand größte islamistische Gruppierung. Im Ergebnis ist demnach eine Minderheit von noch nicht einmal 1% der schätzungsweise 4 Mio. Muslime in Deutschland dem islamistischen Extremismus zuzurechnen. Trotzdem müssen wir die Entwicklung sorgsam beobachten, denn:

- Das islamistische Personenpotenzial in Deutschland wächst seit Jahren kontinuierlich. (2007: 33.170; 2008: 34.720; 2009: 36.270)
- Durch Moschee- und Kulturvereine, aber auch Zeitschriften und elektronische Medien ist der Einflussradius islamistischer Gruppen deutlich höher, als die ermittelten Anhängerzahlen widerspiegeln. Organisationen wie z. B. Milli Görüs schaffen es, bei Großveranstaltungen Tausende von Zuhörern zu mobilisieren, darunter viele junge Muslime.
- Und über all dort, wo sich islamistische Einflüsse verfestigen, wächst die Gefahr von Parallelgesellschaften, die sich politisch, kulturell und religiös abschotten. Eine solche Fragmentierung ist integrationsfeindlich und gefährdet den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Diese Einschätzung trifft insbesondere auf den Salafismus zu. Sein Ziel ist ein rigider „Gottesstaat“, wie er in der Frühzeit des Islam herrschte. Demokratie gilt Salafisten als eine „falsche Religion“. Die salafistische Ideologie entfaltet ihre Breitenwirkung vor allem durch das Internet. Dort ist sie

durch eine Vielzahl von deutschsprachigen Webseiten sowie durch zahlreiche Videos, z.B. im Internetportal YouTube, präsent. Salafistische Prediger wissen sich öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen. Sie üben eine beträchtliche Anziehungskraft auf Konvertiten und muslimische Migranten der zweiten und dritten Generation aus.

Der Salafismus gewinnt auch bei uns in Niedersachsen an Einfluss in der islamistischen Szene. In Braunschweig hat er eine seiner wichtigsten Fortbildungsstätten in Deutschland. Sie wurde 2007 von einem Verein gegründet, der sich „Einladung zum Paradies“ bezeichnet. Ein weiteres Zentrum ist der Deutschsprachige Islamkreis Hannover (DIK). Braunschweig und Hannover sind Knotenpunkte in einem salafistischen Netzwerk, das sich immer mehr ausbreitet.

Der Leiter der Braunschweiger Islamschule, Muhamed Ciftci, bietet ein Online-Studium an, mit dem er bereits mehr als 200 Personen erreicht. Zu den Freitagsgebeten und den Veranstaltungen vor Ort kommen oft mehrere hundert Menschen. Darin wird die Scharia in ihrer orthodoxesten Form gelehrt. Das bedeutet: Theokratie statt Demokratie, Diskriminierung von Frauen und Andersgläubigen. Und es gibt die Aussage von Ciftci, dass die Tötung von Glaubensabtrünnungen islamisch zulässig sei.

Ich halte fest:

- die fließenden Übergänge zu Gewalt legitimierenden Ansätzen,
- die stark wachsende Infrastruktur,
- die Breitenwirkung über Internet und charismatische Prediger,
- die Anziehungskraft für junge, oftmals sinnsuchende Muslime,

das alles sind prägende Faktoren, die den Salafismus zu einer besonderen Herausforderung für die Sicherheitsbehörden machen. Gerade hier ist der Verfassungsschutz in seiner Frühwarnkompetenz gefordert.

Prävention durch Integration

Es wäre jedoch falsch, die Last und Verantwortung der Extremismusabwehr nur auf die Sicherheitsbehörden zu delegieren. Eine wehrhafte Demokratie muss sich der islamistischen Herausforderung auf allen Ebenen stellen. In diesem Zusammenhang ist die Integration der bei uns lebenden Muslime für die Stabilität unseres freiheitlichen Gemeinwesens ganz entscheidend. Vorausschauende Integrations- und kluge Sicherheitspolitik bedingen einander. Niedersachsen zielt mit seiner auf „Fordern und Fördern“ angeleg-

ten Integrationspolitik darauf ab, gleichberechtigte Partizipationschancen zu eröffnen und von vornherein eine Abschottungssituation zu vermeiden. Indem wir die Muslime ernst nehmen, ihre Religion nicht unter Generalverdacht stellen, beugen wir einer Situation der Gettoisierung vor und verhindern die Entstehung von Parallelgesellschaften.

Nur wo Strukturen der Abschottung, der kulturellen Isolation sich bilden oder verfestigen, gedeiht der Nährboden für radikales Gedankengut. Hier können dann auch Islamisten mit ihren verfassungsfeindlichen Zielen werben und rekrutieren. Das wollen wir verhindern. Es liegt aber auch im vitalen Interesse der muslimischen Gemeinden selbst, Extremisten und Gewalttäter zu identifizieren und – wenn nötig – mit den Sicherheitsbehörden zusammenzuarbeiten.

Wenn der Koran dazu missbraucht wird, Feindschaft gegen Juden und Christen zu propagieren, die Unterdrückung von Frauen zu legitimieren, die Verfolgung von Glaubensabtrünnigen gut zu heißen oder die Demokratie verächtlich zu machen, dann müssen friedliche Muslime sich klar davon abgrenzen. Nur so können wir den Anfängen wehren und Fanatiker isolieren.

Islamophobie

In der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Islamismus mehren sich warnende Stimmen, die Muslime unter Generalverdacht gestellt sehen. Demnach verfestigte sich eine islamophobe Stimmung in der deutschen Gesellschaft, die sich beispielsweise in Protesten gegen Moscheebauten Luft verschaffe. Ich habe vorhin deutlich gemacht, wie falsch es aus meiner Sicht wäre, die Mehrheit der Muslime mit islamistischen Extremisten in einen Topf zu werfen. Und zutreffend ist leider auch, dass es rechtsextreme Gruppen gibt, die ein „Feindbild Islam“ gezielt schüren und gegen Muslime unterschiedslos hetzen. Hier sind wir als wehrhafte Demokratie klar gefordert, solchen gefährlichen Entwicklungen entgegenzutreten, die auf eine Spaltung der Gesellschaft zielen.

Jedoch müssen wir mit dem Begriff „Islamophobie“ differenziert umgehen. Es gibt nämlich auch Versuche, zum Teil durch Islamisten selbst, berechnete Fragen pauschal als „islamophob“ abzustempeln. Teilweise wird sogar „Islamophobie“ schon in einem Atemzug mit „Antisemitismus“ genannt, was die deutlichen Unterschiede zwischen beiden Phänomenen verwischt. Es ist aus meiner Sicht bedenklich, ja gefährlich, wenn mit dem Pauschalvorwurf der „Islamophobie“ bestimmte Tabuzonen errichtet werden sollen. Das kön-

nen wir uns als vitale und wehrhafte Demokratie nicht bieten lassen. Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität. Sonst ist sie nicht gestaltungsfähig. Es muss daher beispielsweise zulässig sein, Defizite in der Integration muslimischer Zuwanderer, auch die von Parallelgesellschaften ausgehenden Probleme offen anzusprechen. Erst recht muss es zulässig sein, die von islamistischen Extremisten ausgehenden Gefahren klar zu analysieren und für eine nachhaltige Sicherheitspolitik einzutreten.

Und schließlich müssen wir in diesem Zusammenhang das hohe Gut der Meinungsfreiheit gegen Anfeindungen wirksam schützen. Ich denke z. B. an den Fall des dänischen Zeichners Kurt Westergaard. Manche von Ihnen erinnern sich: Westergaards Mohammed-Karikaturen haben vor ein paar Jahren für Aufruhr gesorgt. Man kann diese Karikaturen geschmacklos finden und sie scharf kritisieren. Das ist jedermanns gutes Recht. Gefährlich wird es aber, wenn religiöse Extremisten durch ein Klima von Drohungen und Anfeindungen ihr Verständnis von Meinungsfreiheit durchsetzen wollen. Kurt Westergaard steht seit Jahren unter Polizeischutz. Erst im Januar dieses Jahres entging er knapp einem Mordversuch durch einen Islamisten.

Es ist schon bitter genug, dass ein Zeichner allein wegen seiner Karikaturen in einem freien europäischen Land nicht mehr ungeschützt auf die Straße gehen kann. Noch bitterer ist aber, wenn ein öffentlich-rechtlicher Sender in Deutschland Herrn Westergaard unter fadenscheinigen Gründen aus einer Talkshow auslädt, wie vor kurzem geschehen. DIE ZEIT hat diesen Vorgang treffend kommentiert: „Wer ihn [Westergaard] auslädt, lädt die Radikalisierer ein, den Druck zu erhöhen. Der signalisiert ihnen ..., sie könnten künftig noch viel mehr als nur die Gästelisten der Talkshows diktieren“ (DIE ZEIT 06.05.2010).

Warum schildere ich diesen Fall, meine Damen und Herren?

Wehrhafte Demokratie ist nicht nur eine Sache der Sicherheitsbehörden und Justiz. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Wir haben breite Aktionsbündnisse, wenn es gegen Rechtsextremismus geht. Das ist gut so. Aber eine Zivilgesellschaft, die ihren Namen verdient, muss sich gegen jede Form politischer Gewalt und Einschüchterung behaupten. Sonst gesteht man Extremisten zu, dass sie - wie im Fall Westergaard - missliebige Personen für vogelfrei erklären. Das wäre auch ein fatales Signal für die vielen Muslime, die religiöser Gewalt die Stirn bieten und für ein aufgeklärtes Islamverständnis eintreten.

Mittlerweile leben etwa vier Mio. Muslime bei uns. Nach den Christen sind Muslime die zweitstärkste Religionsgruppe. Sie sind aus unserem Alltag nicht mehr weg zu denken. Es ist von großer Bedeutung, dass wir gemein-

sam mit den Muslimen in Niedersachsen die Minderheit der islamistischen Extremisten isolieren. Überdies muss eine zeitgemäße Innen- und Integrationspolitik nach Wegen suchen, den Islam in der Mitte unserer Gesellschaft zu beheimaten. Hiervon hängt, das ist meine Überzeugung, der künftige Zusammenhalt in unserem Land entscheidend ab. Es gibt bereits sichtbare Fortschritte, aber immer noch erheblichen Nachholbedarf.

Ebenso unübersehbar ist: Für nicht wenige in der Mehrheitsgesellschaft stellt der Islam eine fremde Religion dar. Sein Erscheinungsbild weckt, ob berechtigt oder unberechtigt, bei manchen Ängste. Solche Befürchtungen zu ignorieren, kann sich eine verantwortungsbewusste Politik nicht leisten. Sie muss ebenso klar wie differenziert Lösungsansätze entwickeln. Das berührt das Kernthema unserer Eröffnungsrunde:

- Wie steht es um das Verhältnis von Demokratie und Islam?
- Welche Perspektiven für ein verträgliches Miteinander gibt es?
- Wo liegen mögliche Konfliktpotenziale für unsere Gesellschaft?
- Ist der Islam für eine Aufklärung, wie sie das Christentum erlebt hat, grundsätzlich offen?
- Oder handelt es sich, wie manche meinen, um ein erstarrtes und verschlossenes Glaubenssystem?

Das sind brisante Fragen, die in Wissenschaft und Medien kontrovers diskutiert werden. Wir wollen uns dieser Diskussion ohne Scheuklappen stellen. Ich will dem 1. Forum nicht vorweg greifen und freue mich jetzt auf eine spannende Diskussionsrunde mit hochkarätigen Referenten zum Thema „Islam und Demokratie“. Frau Kaddor, Herr Lachmann und Herr Dr. Ünlü, Sie haben jetzt das Wort!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Islam und Demokratie - Möglichkeiten und Grenzen eines Miteinanders

Günter Lachmann

Voranstellen möchte ich einen Satz, den ich gerade erst in dem neuen Buch „Der politische Mensch“ von Oskar Negt gelesen habe. Negt schreibt darin: „Demokratie ist die einzige politische verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein.“ Ich glaube, treffender kann man den Anspruch eines demokratischen Gemeinwesens und die für sein Überleben unabdingbaren Notwendigkeiten nicht formulieren. Demokratie will gelebt werden, sie setzt das Mittun aller voraus. Passivität der Bürger bedroht ihre Vitalität ebenso wie Autoritarismus, Totalitarismus und jede Form weltanschaulicher Machtansprüche. Die Neutralität des modernen, freiheitlich-demokratischen Staates bedeutet im Gegenzug jedoch nicht, dass dieser religionsfeindlich sein muss. Die Religion wird in diesem Staat ihren Platz haben, allerdings außerhalb aller demokratischen Institutionen und Prozesse.



Soviel vorweg. Sinnvoll erscheint mir eine Betrachtung des Themas auf drei Ebenen: Zunächst sollten wir uns die staatliche Ebene anschauen, dann die religiösen Vorgaben oder Gesetzmäßigkeiten in den Blick nehmen und schließlich gesellschaftliche Entwicklungen.

Beginnen wir mit den Staaten.

Überall dort, wo der Islam derzeit die vorherrschende Religion ist oder gar den Anspruch auf die Staatsgewalt erhebt, suchen wir vergeblich nach Demokratie. Die jährlichen Studien von Freedom House zeigen dies überaus deutlich. Der aktuelle Survey 2010 etwa bewertet den Nahen Osten als die repressivste Region der Welt. Jordanien, Bahrain und der Jemen wurden von der Kategorie „Partly Free“ wieder in „Not Free“ zurückgestuft. Mit der Auflösung des Parlaments durch den König büßte Jordanien elementare politische Rechte ein. In Bahrain diskriminiert die mächtige sunnitische Minderheit die schiitische Bevölkerungsmehrheit. Und im Jemen kann man

gar von der Auflösung staatlicher Strukturen sprechen.

Eindeutig keine Demokratie gibt es in Saudi-Arabien. In allen anderen arabischen Staaten kann man bestenfalls von Pseudo-Demokratien sprechen. In Marokko etwa befürchtet Freedom House einen deutlichen Verlust demokratischer Rechte, da König Mohammed VI. immer mehr Macht an sich reißt.

Zwar bescheinigt Freedom House etwa dem Libanon positive demokratische Ansätze, doch sind alle anderen Staaten von unseren Demokratievorstellungen nach wie vor weit entfernt. Der Terror im Irak spricht für sich, Ägypten steht nach wie vor auf der roten Liste der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. Dasselbe gilt für Syrien, Saudi-Arabien, Kuwait und den Iran. Die Theokratie in Teheran fällt seit der blutigen Niederschlagung der Proteste der Opposition gegen die Wahlfälschung in finsterste Zeiten zurück.

Werfen wir noch einen Blick nach Asien. Sämtliche Staaten Zentralasiens, also etwa Kirgistan, Tadschikistan oder auch Waziristan, sind laut Freedom House allesamt unfrei. Pakistan und Bangladesch gelten als „Partly Free“. Lediglich Indien und Indonesien werden als freie Staaten mit demokratischen Strukturen ausgewiesen.

Die größte Ausnahme unter allen Ländern mit islamischer Bevölkerungsmehrheit aber ist ein Land am Rande Europas, das seit langem heftig an die Türen der EU klopft, in dem für die Ausübung der islamischen Religion sogar ein Ministerium geschaffen wurde und das nach Auffassung aller großen Organisationen eine funktionierende Demokratie ist: Ich meine die Türkei.

Unter der Regierung des gläubigen Muslims Raciپ Tayyip Erdogan wurden zwingend notwendige Reformen vor allem im Bereich der Justiz durchgeführt. Das Militär, das in der Vergangenheit immer wieder für einen Staatsstreich zu haben war, verlor erheblich an Macht und Einfluss. Zweifellos gibt es nach wie vor Defizite bei der Einhaltung der Menschenrechte. Dies gilt etwa für die Kurdenfrage und die Repressionen gegen Christen. Doch insgesamt gesehen, ist die Türkei eine funktionierende Demokratie.

Woran mag das liegen? Nun, zum einen ist dies dem Laizismus geschuldet, zum anderen der strikten West-Orientierung der türkischen Politik. In den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts verwandelte Präsident Kemal Atatürk den Kalifatstaat in einen laizistischen Nationalstaat. Atatürk sah im Islam den Grund für die Rückständigkeit seines Landes. Daher tat

er alles, die Religion aus Staat und Gesellschaft zu verbannen. Der neue Staat trennte sich vom islamischen Rechtssystem der Scharia und gab sich ein neues. Säkulare Schulen mit einheitlichen nationalen Lehrhalten entstanden. Außerdem erließ die Regierung Bekleidungs Vorschriften im Sinne eines westlichen Bekleidungsstils. In den dreißiger und vierziger Jahren wurden Pilgerfahrten nach Mekka gar unter Strafe gestellt.

Doch auch mit diesen zum Teil drakonischen Maßnahmen gelang es nicht, das Land insgesamt zu säkularisieren. Vor allem in den entlegenen Regionen Anatoliens blieben die Vertreter des Islams die eigentlichen Autoritäten. In den dortigen Predigerschulen gedeiht nach wie vor islamistisches Gedankengut.

Auch Erdogan war einst ein Islamist. Kaum jemand kann sich heute daran erinnern, dass Erdogan seine politische Laufbahn 1969 als Ziehsohn Necmettin Erbakans, dem Gründer der islamistischen Bewegung Milli Görüs, begann. Noch zu Beginn der 90er Jahre soll Erdogan in einer Pressekonferenz gesagt haben, es sei nicht möglich, gleichzeitig laizistisch und Moslem zu sein. Um 1994 herum beschrieb er die EU als eine Vereinigung der Christen, in der die Türken nichts zu suchen hätten. In einem Interview mit der Zeitung Milliyet bezeichnete er sich selbst als Anhänger der Scharia.

Milli Görüs ist nach wie vor eine islamistische Organisation, die demokratisches durch islamische Recht ersetzen will und damit zu Recht vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Sie hat ihre Ableger in vielen europäischen Staaten, in Deutschland soll sie um die 70.000 Mitglieder haben.

Erdogan aber ist ein anderer geworden. Wie groß waren die Befürchtungen des Westens, als er an die Macht kam! Doch als Präsident änderte er sich in einem kaum vorhersehbaren Maße. Und er nahm große Teile der türkischen Bevölkerung auf seinem Weg gen Westen mit. Sein Erfolg ist der Erfolg seiner Authentizität. Obwohl er die Türkei für die EU öffnete und dem Land schwierigste Reformen zumutete, blieb er seinen islamischen Wurzeln immer treu. Gleichzeitig bekämpft er den militanten Islamismus. Immer wieder kommt es zu Razzien gegen mutmaßliche al-Qaida-Zellen oder auch gegen die Gruppe Hizb-ut-Tahrir, die für die Wiederauferstehung des Kalifats eintritt.

Erdogan ist der erste Staatsmann islamischen Glaubens, der überzeugend zugleich Muslim und Demokrat ist. Doch ist seine Mission noch lange nicht beendet. Denn allein die Anwesenheit von radikalislamischen Gruppen wie Hizb-ut-Tahrir und unzähliger islamistischer Terror-Organisationen belegen die großen Widerstände, die es nach wie vor im türkischen Islam gegen die

freiheitlich, pluralistische Demokratie gibt. Die Türkei ist eine Demokratie, aber sie ist jeden Tag aufs Neue gefährdet, den Islamisten in die Hände zu fallen.

Religiöse Vorgaben

An dieser Stelle möchte ich zu den religiösen Vorgaben überleiten, die einer demokratischen Entwicklung islamisch geprägter Länder entgegenstehen.

Der Islam ist eine der drei großen monotheistischen Religionen. Islam heißt übersetzt soviel wie Unterwerfung. Es ist die heilige Pflicht eines jeden Muslims, sich dem Willen Gottes zu unterwerfen. Der frei und selbst entscheidende Mensch ist demnach ohnmächtig und unfähig, ein guter Mensch zu sein. Gut ist allein derjenige, der als Werkzeug Gottes handelt.

Die Religion Islam speist sich aus dem Koran. Der Lehre nach wurden die Texte des Korans von Allah durch den Erzengel Gabriel dem Propheten Mohammed diktiert. Im Koran wird Gott als die einzige Ursache der Welt beschrieben. Alles geht auf ihn zurück.

Ergänzt wird der Koran durch die Sunna. Sie enthält mit der Sira die Lebensbeschreibung des Propheten und in der Hadith angeblich authentische Aussagen Mohammeds. Aus Koran und Sunna ergibt sich für den Muslim ein verpflichtendes System normativer Lebensführung, das sämtliche Lebensbereiche umfasst. Aus ihr leiten sich Moral- und Ehrvorstellungen ab. Sie bestimmen die Rolle der Geschlechter, das Familienleben.

Aus Koran und Sunna und der Auslegung der Gelehrten ist ab dem 10. Jahrhundert zudem ein umfassendes Gesetzeswerk entstanden, die Scharia. Sie regelt alle Bereiche des Zivil- und Strafrechts und wird in der islamischen Tradition als das einzig gültige Gesetz einer islamischen Staatsform angesehen. Einzig gültig deshalb, weil es dem islamischen Verständnis nach aus den heiligen Schriften abgeleitet und in diesem Sinne „göttlich“ ist.

Der iranische Schriftsteller Faraj Sarkohi schrieb dazu einmal: „Selbst in der modernsten und liberalsten Auslegung besteht die Überzeugung, dass Koran, Sunna und Hadith sowie Fiqh (Jurisprudenz) nicht nur die Beziehung zwischen Mensch und Gott definieren, sondern auch die soziale, politische und wirtschaftliche Ordnung der Gesellschaft.“ Nach Auslegung der Traditionalisten war und ist die Regierung das alleinige Recht der Geistlichkeit, so Sarkohi.

Das sehen in der Tat weltweit führende islamische Gelehrte bis heute so. Und es ist eben dieser universelle Anspruch, der jede demokratische Entwicklung im Keim erstickt. Ein grundlegendes Prinzip der Demokratie ist die Trennung von Kirche und Staat. In den Ländern der westlichen Welt ist dies seit den Zeiten der Aufklärung ein unumstößliches Prinzip. Doch der Islam kennt die Trennung von Kirche und Staat nicht. Sogar in der laizistischen Türkei ist die Religion mit einem eigenen Ministerium Teil der Regierung.

Es ist schwer, aus der Ferne über den tatsächlichen Einfluss eines Religionsministeriums auf die Politik zu schließen. Generell passt es jedoch nicht in die demokratische Tradition Europas, die bis auf die griechische Antike zurückgeht.

Der französische Historiker Jacques Le Goff schreibt: „Die griechische Kultur hat grundlegende Werte geliefert, die noch heute ethische und intellektuelle Instrumente für die Europäer sind: die Idee der Natur, die Idee der Vernunft, die Idee der Wissenschaft, die Idee der Freiheit und vor allem vielleicht die Idee des Zweifels und ihrer Anwendungen. War nicht der kritische Geist eines der wesentlichen Werkzeuge des Denkens und Handelns der Europäer, und bleibt er nicht heute noch einer ihrer großen Vorzüge gegenüber dem Ritualismus oder dem Fundamentalismus anderer Denksysteme, die nicht verstanden haben, den methodischen Zweifel zu übernehmen?“

Die Idee des Zweifels und ihre Methodik stehen in diametralem Widerspruch der Unterwerfungsideologie des Islams. Der Zweifel setzt die Freiheit des Denkens und damit die Freiheit, letztlich sogar die göttliche Unfehlbarkeit anzweifeln zu können, voraus. Das aber ist im Islam im wahrsten Sinne des Wortes undenkbar. Und sollte es doch jemand wagen, begeht er eine Todsünde.

Während in Europa seit dem Briten John Locke (1632 - 1704) unzählige Philosophen und Humanisten für Gleichheit und Freiheit, für das Recht auf Eigentum und der Unverletzlichkeit der Person eintraten, verharrte die islamische Welt unter der autoritären Glocke des Islams. Als in Europa die Grundpfeiler der modernen Staatsphilosophie eingeschlagen wurden, verlor der Islam endgültig den Anschluss an die Moderne mit allen ihren späteren Errungenschaften.

Anders als der Westen hat der Islam niemals eine wirkliche Aufklärung erfahren. Im Islam gibt es keine Tradition der universellen Menschenrechte.

Er kennt nicht das Prinzip der Vernunft, sondern allein die göttliche Unfehlbarkeit. Und deshalb gibt es mit einem Islam, der an der Scharia, sprich seinem universellen Anspruch festhält, keine individuelle Freiheit, keine Selbstbestimmung und damit auch keine Möglichkeit, Rechts- und Gesellschaftsnormen im diskursiven Verfahren der demokratisch legitimierten Gesetzgebung herzuleiten. Dieser Islam lässt die Idee der demokratischen Selbstregierung nicht zu.

Eine solche Einsicht lässt kaum Raum für Hoffnung. Und tatsächlich finden wir heute in weiten Teilen der Welt einen solchen orthodoxen oder salafistischen Islam. Leider ist er sogar auf dem Vormarsch. In Pakistan etwa, in den Ländern Zentralasiens und auch in Nordafrika. Es gibt ihn aber auch in Europa. Die einflussreiche Organisation Milli Görüs habe ich bereits erwähnt, ebenso Hizb-ut-Tahrir. In Deutschland predigt aber auch der Verein Islamischer Kulturzentren einen Islam, der sein Heil allein in der Autorität der Religion sucht.

Außerdem gibt es da die vielen gewaltbereiten Extremisten von al-Qaida über den Times-Square-Bomber bis hin zur Sauerlandgruppe und den deutschen Dschihadisten in Waziristan. Diese Gruppen befinden sich im offenen Kampf mit der westlichen Welt, sprich mit den freiheitlich-demokratischen Gesellschaften. Doch anders als Milli Görüs oder Hizb-ut-Tahrir fehlt es ihnen an Rückhalt in der muslimischen Bevölkerung. Obwohl sie jahrelang intensiv Internetpropaganda betrieben, ist es ihnen offenbar nicht gelungen, breite Unterstützung für den Terror gegen den Westen zu finden.

Diese Terroristen sind eine ernst zu nehmende Gefahr für die innere Sicherheit, weil sie mit Mord und Totschlag drohen. Eine Gefahr für den Fortbestand der Demokratie wären sie zwar gern, sie sind es aber nicht. Wenn überhaupt, dann geht diese Gefahr von den Ideologen bei Milli Görüs, Hizb-ut-Tahrir und anderen islamistischen Gruppen aus. Sie versuchen, die Muslime in Europa zu indoktrinieren. Damit beginnen sie bereits in den Koranschulen, später setzt sich dieser Prozess in den Moscheen und Vereinsabenden fort.

Daher darf der demokratische Staat diese Form der autoritären Beeinflussung und Gängelung gar nicht erst zulassen. Er kann und muss die potenziellen Opfer unter seinen Bürgern vor diesen Leuten schützen. Und das kann letztlich nur auf einem Wege gelingen: über die Bildung. Das heißt, die Kinder müssen in staatlichen Religionsunterricht auf staatlichen Schulen. Überhaupt muss der Staat seinen Kindern jede nur denkbare Form der Bildung ermöglichen. Und da bin ich wieder bei Oskar Negt, mit dem ich meine Ausführungen begann, der sagt: „Politische Bildung ist die Existenz-

voraussetzung jeder friedensfähigen Gesellschaft.“

Fassen wir zusammen: Der Islam ist aufgrund seines universellen Anspruches, seiner autoritären Kultur des bedingungslosen Unterwerfungszwangs nicht demokratiefähig. Das ist auch deshalb so, weil seine Theologie auf dem Stand des Mittelalters verharret. Es gab bislang keinen echten Erneuerungs- sprich Modernisierungsversuch. Die Frage ist auch, ob eine solcher gelingen würde.

Doch erinnern wir uns: Wie lange hat die katholische Kirche gebraucht, bis sie von der weltlichen Macht ließ und mit der Aufklärung ihren Frieden machte? Soviel Zeit können wir dem Islam nicht geben. Aber die braucht er vielleicht auch gar nicht, da ihm im modernen Europa ganz andere Möglichkeiten gegeben sind. Weltweit leben Muslime in unfreien Staaten oder Pseudo-Demokratien. Die Muslime Europas aber sind in die Demokratie eingewandert. Sie ist ihnen geschenkt oder, sagen wir, übergestülpt worden. Sie konnten sich gar nicht dagegen nicht wehren, aber auch nicht dagegen, die unschätzbaren Vorteile erleben zu dürfen.

Zugegeben, viele fremdeln wohl immer noch. Aber eine ständig wachsende Gruppe von Muslimen weiß den Wert der Demokratie, den Wert der Freiheit, des Pluralismus und die freie Religionsausübung zu schätzen. Sie engagieren sich aktiv für die Demokratie, werden Mitglieder von Parteien, stellen sich zur Wahl und werden – wie gerade erst hier in Hannover mit Aygül Özkan – sogar Regierungsmitglieder.

Im Ernst: Neben der Türkei, wo die demokratischen Anfänge im Prinzip autoritär gegen die religiösen Würdenträger durchgesetzt wurde, ist Europa das vielversprechendste und großartigste Demokratie-Experiment mit dem Islam. An keinem anderen Ort der Welt leben heute so viele Muslime in gefestigten Demokratien. Nirgendwo räumt ihnen eine staatliche Macht so viele religiöse Freiheiten ein. Nirgendwo stehen ihnen so viele Bildungschancen offen.

Und es gibt in der Tat auch erste hoffnungsvoll stimmende Anzeichen dafür, dass sich eine eigene europäisch-muslimische Kultur entwickelt. Junge Frauen drängen aus den muslimischen Vierteln heraus und suchen eine Identität jenseits den Traditionen der Mütter, ohne sich dabei voll und ganz auf die westliche Lebensart einzulassen. Es gibt muslimische Filmemacher, in deren Werken zwei Kulturen zu einer neuen verschmelzen. Ebenso ist es in der Literatur und der Musik. Diese erfolgreichen Muslime sind in der Regel privilegierte Migranten oder deren Kinder. Sie sind gut ausgebildet und beruflich erfolgreich. Doch dieser kleinen Gruppe derer, die für alle sichtbar

den Aufstieg in dieser Gesellschaft geschafft haben, kommt nun eine wichtige Aufgabe zu. Sie müssen gemeinsam mit der Mehrheitsgesellschaft den Islam in seine religiösen Schranken weisen.

Oder anders gesagt: Wir brauchen eine Aufklärung der Muslime.

Sie kann stattfinden. Wenn es uns gelingt, gegen alle Widerstände Fehlentwicklungen wie Parallelgesellschaften und Bildungsarmut in Europa zu korrigieren und den Islam einer intellektuellen Reformation im Sinne religiöser Vernunft zu unterziehen, dann wird Europa diese Herausforderung meistern. Wir müssen uns nur immer wieder vor Augen halten, dass die Freiheit in der wir leben, nur das Ergebnis eines Vernunft bestimmten Lebens sein kann. Und dass sie nur dort erhalten bleibt, wo die Vernunft zur Richtschnur allen menschlichen Handelns erhoben und zum Maßstab aller Werte wird.

Wir sollten alles unternehmen, allen Menschen zu dieser Erkenntnis zu verhelfen. Sie ist der Schlüssel für ein neues Europa, das zum Beispiel für die Welt werden könnte und enormen Einfluss auf die Entwicklung der Länder des Nahen und Mittleren Ostens haben dürfte. Ein solches Europa wäre ein unentbehrlicher Garant für die Demokratie und den Frieden in der Welt.

Scharia

Wenn man über Islamismus spricht, fallen einem mehrere Schlagwörter ein: Islam, Extremismus, Fundamentalismus, Gottesstaat und vor allem Scharia ein.

Anker und zugleich Wendepunkt des Fundamentalismus ist sowohl das Verständnis als auch die Anwendung der Scharia. Was ist aber die Scharia? Der Begriff stammt aus dem Arabischen und bezeichnet zunächst einmal den „Weg zur Tränke“.

Im übertragenen, theologischen Sinne bezeichnet der Begriff den geraden, richtigen Weg zu Gott. Somit ist die Scharia der Sammelbegriff für alle göttlichen Gebote sowie für alle „vorbildlichen“ Handlungen des Propheten Muhammads, die im Koran und in der Sunna niedergeschrieben sind.



Da der Islam in der Theorie keinen Unterschied zwischen der Gemeinschaft aller Muslime, der Umma und dem Staat macht, ist die Scharia religiöses und staatliches Recht zugleich.

Dieser Anspruch wird in der Praxis jedoch nur in den wenigsten islamischen Ländern auch eingelöst. Fast alle muslimischen Staaten verfügen über eine kodifiziertes, vom Staat aufgestelltes Rechtssystem aus Zivil- und Strafrecht. Dort ist die Scharia vor allem religiöses Recht und wird meist nur noch in Familienangelegenheiten herangezogen.

Nach klassisch-islamischem Verständnis ist das Ziel der Scharia der Schutz der Grundrechte des Menschen als Individuum. Dies schließt das Recht auf Leben und Besitz, auf politische und religiöse Freiheit, sowie den Schutz der Rechte der Frau und von Minderheiten mit ein.

Wege der Urteilsfindung

Wenn ein Muslim ein „Problem“ im theologischen Sinne hat, dann hat er mehrere Möglichkeiten, zu einer Lösung zu kommen und damit zu einem Urteil zu gelangen.

Die erste Quelle der Urteilsfindung ist der Koran. Nach muslimischem Ver-

ständnis stellt der Koran das direkt an Muhammad überlieferte Wort Gottes dar. Man spricht vom Koran als Inkarnation, analog dazu von Jesus im Christentum als Inkarnation Gottes auf Erden. Im Islam ist Gott das gesprochene sowie niedergeschriebene Wort geworden, das sich im Koran wiederfindet. Muhammad sollte dieses Wort als „Auserwählter“ (so sein Beiname al-Mustafa) verkünden.

Als zweite Instanz zur Urteilsfindung ist die Sunna zu nennen. Sie enthält ein riesiges Gerüst an Material über die Aussagen, Handlungen, Empfehlungen und Lebensweisen des Propheten Muhammad. Diese sog. Hadithe sind Bestandteil der Sunna. Bereits früh nach dem Tod des Propheten gab es eine Fülle an Aussprüchen, die der Prophet angeblich so getätigt haben soll. Doch schon früh erkannte man, dass es auch gefälschte Aussagen gegeben hat. Es entwickelte sich die sog. Hadithwissenschaft, die einen Hadith in drei Kategorien der Authentizität unterteilte: Sahih (echt), Hassan (gut), Da'if (schwach).

Die islamische Rechtsordnung, die sich aus der Scharia ergibt, basiert nicht allein auf dem Koran und der Sunna. Sollten weder Koran noch Sunna zu einer Auskunft bzw. Lösung des Problems führen, so kann man den sog. Qiyas (Analogieschluss) anwenden. So wurde z.B. das Verbot des Weingenusses im Islam per Analogieschluss auf sämtliche alkoholischen Getränke ausgedehnt.

Falls der Qiyas immer noch nicht zu einem Urteil führt, so kommt das Prinzip des Ijmâ' (Übereinstimmung) zur Geltung. Damit ist der Konsens der islamischen Gemeinschaft in Fragen des Rechtslebens und des Glaubens gemeint. Anders ausgedrückt heißt dies: Stimmen alle bedeutenden Rechtsgelehrten einer Generation in einer Frage überein, dann findet dies Eingang in die Scharia.

Die göttlichen Beurteilungskategorien menschlichen Handelns

Der streng gläubige Muslim handelt nach fünf göttlichen Beurteilungskategorien:

Wâdschib	Mandhûb oder Mustahabb	Mubâh	Makrûh	Harâm
Eine Handlung ist geboten. Wer sie unterlässt, verdient Strafe.	Eine Handlung ist empfohlen bzw. wünschenswert. Wer sich danach richtet, wird belohnt, wer sich nicht daran hält, wird aber auch nicht bestraft.	Eine Handlung ist erlaubt, wenn sie moralisch oder rechtlich neutral ist. Sie wird weder belohnt noch bestraft.	Eine Handlung wird mißbilligt. Die Unterlassung wird belohnt, deren Verrichtung aber nicht bestraft.	Eine Handlung ist verboten. Es ist die Pflicht des Gläubigen, diese zu vermeiden. Sie nicht zu tun verdient Belohnung, sie zu tun zieht Strafe nach sich.
Bsp.: Das Fasten im Monat Ramadan ist Pflicht.	Bsp.: Das Fasten wird mit einer Dattel gebrochen wie der Prophet es tat.	Bsp.: Das Fasten wird mit jedem Lebensmittel gebrochen.	Bsp.: Nicht länger als Sonnenuntergang fasten.	Bsp.: Vor Sonnenuntergang zu essen ist eine Sünde.

Eine der wichtigsten Fragen für einen gläubigen Muslim ist: „Welches Verhalten billigt Gott und welches nicht?“ Diese Frage trieb und treibt noch immer Muslime weltweit rum. Und aufgrund dessen wurde das komplexe System der Scharia erarbeitet und immer wieder weiterentwickelt.

Allerdings scheiterte diese Weiterentwicklung schon immer an den konservativen Strömungen des Islams. Konservative vertreten die Meinung, dass etwas, was vor eintausend Jahren verboten war auch heute noch verboten sein muss. Sie sind davon überzeugt, dass die dieses alte Fundament aus dem 8. - 10. Jhd. weiterhin so aufrecht erhalten wird. Doch diese Anstrengung, den damaligen Stand der Scharia ins hier und jetzt zu holen, kann meines Erachtens nur scheitern. Die Scharia kennt ohne Weiteres keine Antworten auf heutige Herausforderungen wie ein Teilchenbeschleuniger oder Organspende oder andere Dinge.

Zeitgemäßer Islam

Doch wenn man den Islam und damit auch die Scharia nicht weiterentwickelt, werden sie zwangsläufig nicht mit der Moderne gehen können. Doch genau dieses zeitgemäße Verständnis vom Islam und eine Weiterentwicklung der Scharia in Deutschland sind bitter nötig. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, benötigen wir islamische Theologen sowie islamische Religionspädagogen an deutschen Hochschulen, die Imame und Imaminnen, Lehrer und Lehrerinnen, Theologen und Theologinnen ausbilden. Diese liberal-gläubigen Kräfte innerhalb des Islams müssen gestärkt werden. Doch das ist gar nicht so einfach.

„Debattierclub“, „Alibiveranstaltung“, „inszeniertes Schauspiel“ – die zweite Runde der Islamkonferenz ist gerade in die Arbeitsphase eingetreten und steht bereits in keinem guten Licht. Zwei der vier großen muslimischen Dachorganisationen sind nicht dabei. Dem Islamrat wurde wegen laufender Ermittlungsverfahren gegen einzelne Funktionäre in seinen Reihen eine ruhende Mitgliedschaft angetragen, woraufhin der Zentralrat seine Einladung unter anderem mit dem Hinweis ausschlug, ein Großteil der Muslime sei somit nicht mehr vertreten – eine durchaus nachvollziehbare Argumentation übrigens. Selbst wenn die Verbände zusammen nur eine Minderheit repräsentieren.

Über die Besetzung der zusätzlichen zehn muslimischen Einzelpersonen lässt sich immer diskutieren, egal wer ihren Platz einnimmt. Grundsätzlich fragt man sich, wie willkürlich ist ihre Auswahl? Und für wen stehen sie eigentlich ein? Für wen spricht ein Autor und Philosoph mit schlimmen Kindheitserfahrungen wie Hamed Abdel Samad? Welche Muslime berufen sich auf den Religionspädagogen Prof. Bülent Ucar? Die Geladenen repräsentieren sich selbst und im günstigsten Fall noch eine unbestimmte Zahl anderer.

Immer wieder hört und liest man, dass vor allem eine Gruppe in der Islamkonferenz vermisst wird - eine entscheidende. Eine Gruppe, die nach Meinung vieler nicht weniger als die Mehrheit der Muslime ausmacht. Tausende und Abertausende, die in der Regel gut integriert sind und Deutschland als Heimat ansehen. Denen ihr Glaube an Gott und seinen Propheten Mohammed zwar lieb und teuer ist, die allerdings keinerlei Aufhebens darum machen. Islam ist lediglich ein Mosaikstein ihrer Persönlichkeit. Sie leben ihren Glauben privat und wie andere dies tun, spielt keine Rolle. Die Auseinandersetzung um Scharia versus Grundgesetz existiert für sie nicht. Intuitiv ist Religion für sie Teil eines dynamischen Prozesses: Auffassungen, Interpretationen, Sichtweisen können sich mit der Zeit ganz selbstverständlich ändern. Kurz: Sie sind liberal-gläubig. An Thomas de Maizières Tisch sitzen

sie jedoch nicht.

Von den Verbänden fühlen sie ‚sich‘ nicht repräsentiert und ein, zwei Einzelpersonen reichen nicht aus. Man kann es dem Innenminister allerdings nicht zum Vorwurf machen, dass ‚diese Menschen‘ nicht angemessen eingebunden sind. Wo nichts ist, lässt sich auch nichts einbinden. Solange ‚diese‘ sich ‚nicht irgendwie organisieren‘, wird eine gewichtige Stimme fehlen.

Zugegebener Maßen ist genau dieses Organisieren wie die Quadratur des Kreises. Liberale Muslime legen ja gerade Wert darauf, sich keiner Vereins-, Verbands-, oder Kirchenstruktur zu unterwerfen. Sie wollen ihren Glauben ja gerade nicht in die Öffentlichkeit tragen. Ich weiß, wovon ich spreche. Ich selbst engagiere mich dafür, einen solchen Verein auf die Beine zu stellen.

Zusätzlich erschwert wird dies durch die Gesellschaft. Der Begriff „liberal“ sorgt innerhalb der muslimischen Community für viel Aufregung. Man befürchtet die Spaltung der Umma – der Gemeinschaft aller Muslime. Historisch betrachtet, ist diese Sorge von Anbeginn an eine Art Kollektivtrauma. De facto besteht die Umma nämlich spätestens seit dem Tod Muhammads aus unzähligen Strömungen. Soziologisch betrachtet, stellt jede Spaltung einen Angriff auf die Deutungshoheit bestimmter Gruppen dar. In der Regel stammen diese aus dem wortgewaltigen und publizistisch aktiven traditionell-konservativen Lager. Von dort kommen nicht selten Beschimpfungen und Spötteleien, auf recht niedrigem Niveau. Wie man denn liberal beten könne, heißt es da. Oder: „Liberal ist prima, backen wir uns einen Glauben wie er uns gefällt.“ Dabei heißt liberal zunächst einmal nur, die Selbstbestimmung und die Freiheit des anderen zu respektieren. Oder wie ich ausdrücke: Leben und leben lassen. Für viele unaufgeregte Muslime stellt sich die Frage, warum sie sich mit diesen Vorwürfen befassen sollen?

Oder mit den Attacken der Islamophoben: Denen passt es ebenso wenig ins Bild, dass jemand seinen islamischen Glauben tolerant leben kann. Aus ihrer Sicht muss Islam gleich Fundamentalismus und Islamismus sein, damit sie wesentliche Bestandteile ihrer „Kritik“ aufrecht erhalten können. Für sie sind Liberal-Gläubige entweder Ignoranten oder Blender, die das Deckmäntelchen des Schweigens über den „wahren Islam“ legen wollen.

So ist es ein mühsamer Weg, den liberalen Muslimen eine Stimme zu verleihen. Doch wenn die Islamkonferenz im Kleinen und die gesellschaftliche Verständigung im Großen ein Erfolg werden sollen, wird man genau diesen Weg gemeinsam beschreiten müssen.

Dr. Ali Ihsan Ünlü

Islam und Demokratie sind zwei Begriffe mit großer Bedeutung für viele, sehr viele Menschen.

Beide Begriffe stellen den Menschen als Individuum in Vordergrund, vielmehr in den Mittelpunkt. Die Würde der Menschen wird hervorgehoben und als unantastbar definiert. Der eine aus religiöser der andere aus politisch-gesellschaftlicher Sicht. Beide Begriffe plädieren und stellen Regeln auf für eine hohe gesellschaftliche Moralentwicklung des einzelnen Individuums. Da aus einzelnen Individuen sich eine Gesellschaft bildet, tragen beide Begriffe, indirekt, dazu bei, dass sich eine harmonisch tolerante Gesellschaft bildet.



Wenn wir von einer Gesellschaft sprechen, dann dürfen wir uns nicht mehr auf einen Ort, Region oder ein Land beziehen. Sondern durch die Globalisierung und der immer kleiner werdenden Welt, müssen wir uns, auch gezwungenermaßen, auf die gesamte Menschheit beziehen. Damit kommen wir in den Bereich der internationalen Beziehungen und müssen von einer universellen Moral- und Werteentwicklung und von einer gegenseitigen Beeinflussung sprechen.

Die globalen Probleme wie Armut, Bildungsmangel, Unterdrückung sowie Ausgrenzung, Gewalt, Terror, ethische und religiöse Diskriminierung, führen schnell zur Entwicklung von Konflikten. Diese können regional, national oder international sein. Die Konflikte können sich verschiedenartig darstellen und ineinander übergreifen.

Wenn wir als Individuen oder als Verantwortliche nicht in der Lage sind, diese einzelnen Probleme gemeinsam anzugehen, sie zu lösen oder versuchen zu lösen, so entwickeln sich hieraus noch größere Probleme und Konflikte, die mit Sicherheit nicht dazu beitragen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion oder Kultur, mit unterschiedlichen Meinungen friedlich miteinander leben; geschweige denn von einer gemeinsamen Zukunftsplanung. Zur Überwindung dieser Probleme ist allerdings ein hohes Maß an Toleranz und Verständnis für „den Anderen“ notwendig.

Der Islam als Weltreligion stellt den Anspruch, den Menschen als Individuum auf Dies- und Jenseits zum Glück zu verhelfen. Die Voraussetzung dafür ist

eine hohe werteorientierte Moralentwicklung des Individuums. Die Regeln, Gebote und Verbote des Islams zielen, grob gesagt, darauf hin.

Der Prophet Muhammed (F.s.m.i.) sagt dazu: „Ich bin geschickt worden, um die Moral zu vervollkommen“. Er sagt auch: „Der Muslim ist Derjenige, vor dessen Mund und Hand (Worten und Handlungen) die Anderen sicher sind“.

So gesehen ist der Islam nicht für die Gesamtgesellschaft, sondern für einzelne Menschen bestimmt. Er ruft die Menschen zu politischer Partizipation, zu Integration sowie zu Gerechtigkeit und Gleichheit auf. Nach dem Islam ist jedes Individuum in der Gesellschaft dafür verantwortlich, dass ein friedliches Miteinander möglich ist. „Ihr dürft weder dem Anderen Unrecht tun, noch euch dem Unrecht beugen“ hat der Prophet in seiner Abschiedspredigt gesagt. Das Unrecht kann zum Beispiel auch darin bestehen, dass der fromme Mensch in seiner freien Religionsausübung verhindert wird.

Der Begriff Demokratie beschreibt eine Staatsform und der Wortursprung stammt aus dem griechischen, bedeutet: Volksherrschaft, Herrschaft der Mehrheit. Abraham Lincoln sagte schon 1863: „In der Demokratie geht die Herrschaft aus dem Volk hervor und wird durch das Volk selbst und in seinem Interesse ausgeübt“.

Die demokratische Herrschaft gründet sich auf das Prinzip der Gleichheit aller, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Konfession, Kultur, usw. Sie ist gekoppelt an die Geltung bürgerlicher Grundrechte und an den rechtsstaatlichen Schutz der Einzelnen vor staatlicher Willkür.

Die Demokratie liegt in vielfältiger Form vor. In einer pluralistischen Demokratie, die von einer gesellschaftlichen Interessenvielfalt ausgeht, wie wir sie heute in Deutschland haben, wird die Macht parteipolitisch, also durch die Parteien ausgeübt. In dieser Form der Demokratie besteht die Gefahr der „Diktatur der Mehrheit“ und damit die Ausgrenzung der Minderheit/en. Es ist eine Herausforderung, bzw. Aufgabe unserer Demokratie auch Minderheiten, wie die muslimische Gesellschaft, im Sinne der Gleichheit mit einzubeziehen.

Für eine friedlich funktionierende, harmonische Gesellschaft, in der alle partizipieren, braucht ein demokratisches Gemeinwesen Werte und Normen. Es plädiert zwar darauf und versucht durch Gesetzgebungen sie zu schützen und zu fördern, kann sie aber selbst nicht schaffen. Die Gesetzgebung reicht dafür nicht aus. Andererseits ist das Gemeinwesen für seinen Fortbestand auf die Werte und Normen angewiesen.

Die philosophische Ethik, die als religionsunabhängige, auf allgemeinemenschliche Erfahrungen basierende, globalgültige Vernunft in Frage kommt, vermag diese Lücke auch nicht zu schließen.

Die Religion dagegen ist eine wichtige Autorität für Wertebildung und Wertevermittlung. Sie ist eine Fundgrube für Lebensweisheit, sie kann Gemeinschaft bilden und für viele Menschen ist sie ein wichtiger Baustein, sogar Kernbestandteil ihrer persönlichen Identität. Außerdem macht die Religion spirituelle Angebote. Von daher ist die Religionsfreiheit, auch im Sinne der Unantastbarkeit der menschlichen Ehre, ein wichtiges Menschenrecht.

Der religiöse Mensch lässt sich seine religiösen Wahrheiten nicht enteignen und sich auf eine Alternative zu Gunsten des politischen Friedens einlassen. Für ihn gilt; politische Freiheit trotz religiöser Freiheit und mit ihr.

Die Religionen lassen unterschiedliche Interpretationen zu und werden nicht immer einheitlich interpretiert. Auch der Islam als eine friedliche Weltreligion wird in den unterschiedlichen sog. „islamischen Ländern“, sogar innerhalb eines Landes unterschiedlich interpretiert und umgesetzt, weil im Islam das Wissen selbst die „Autorität“ ist und es keine institutionelle Autorität gibt. Die damit verbundene Gefahr ist, dass er, wie andere Religionen auch, für politische und/oder eigene Zwecke instrumentalisiert und missbraucht werden kann; wie wir leider an einigen Beispielen sehen oder gesehen haben. Nach dem Motto, wie Goldziher von einem anderen Autor weitergibt: „Jedermann sucht seine Dogmen in diesem (heiligen) Buch und Jedermann findet was er sucht darin“.

Trotz alledem oder gerade deswegen ist es die Aufgabe unseres demokratischen Gemeinwesens die Religion, den Islam, in das Gemeinwesen mit einzubeziehen, ohne sie ihrem Selbstverständnis zu entfremden und für politische Zwecke zu instrumentalisieren oder instrumentalisieren zu lassen. Dazu gehört die Anerkennung der Religionsfreiheit, die freie Religionsausübung, das Recht auf Differenz, das gleiche Recht, das allen anderen Konfessionen gewährt wird und die Toleranz, die unsere Demokratie gegenüber dem Islam und den Muslimen aus einer weltanschaulichen Neutralität (Säkularität) heraus aufbringen muss.

Demgegenüber ist der Islam bzw. seine Mitglieder, also die Muslime herausgefordert, sich trotz ihrer innerreligiösen Wahrheitsansprüche und innerislamischen Differenzen für Toleranz und wechselseitigen Respekt einzusetzen und damit zu einer Zukunftsfähigkeit des demokratischen Gemeinwesens beizutragen. Weder die Demokratie noch ihre Werte stehen im Widerspruch zum Islam.

Ohne auf die ohnehin wissenschaftlich zu betrachtende Frage „ob Islam und Demokratie vereinbar sind“ direkt einzugehen, bin ich davon überzeugt, dass ein friedliches, sogar sich gegenseitig schützendes und verstärkendes Miteinander zwischen Islam und Demokratie möglich ist.

Einige Probleme, die zur Barrieren werden, sollten hier aber nicht unerwähnt bleiben. Das wichtigste Problem, das wir in Deutschland bezüglich des Islams haben ist, dass wir hier nicht über ausreichend fundiertes Wissen und Erfahrung des Islam verfügen. Den Islam kennen wir aus der Entfernung und das verfügbare Wissen über den Islam ist mit vielen Vorurteilen verbunden, die ihre Wurzeln tief in der Geschichte haben.

Dazu kommen noch einige Ereignisse, wie der 11. September, die zusätzlich zu den bestehenden Vorurteilen noch Angstgefühle und Ablehnung hervorrufen, obwohl ihre Beweggründe nicht im Islam liegen. Darüber hinaus werden viele soziale und gesellschaftliche Probleme, sowie Probleme der Migration und Emigration undifferenziert mit dem Islam in Zusammenhang gebracht und diskutiert. Einige selbsternannte „Islamexperten“, die eigentlich nichts anderes vorhaben, als sich in der Gesellschaft zu etablieren, sowie die Berichterstattung in der Presse tragen nicht gerade dazu bei, die Vorurteile und Angstgefühle abzubauen. Dadurch bedingt sind die Gesellschaft und die demokratische Strukturen, also unser demokratisches Gemeinwesen, nicht bereit, die notwendige Toleranz entgegenzubringen. Es herrscht im Allgemeinen die Meinung, dass der Islam mit der Demokratie nicht zu vereinbaren ist.

Dieser Sachverhalt wird wiederum von vielen friedliebenden Muslimen, insbesondere den jüngeren Muslimen, als eine Ausgrenzung, Entfremdung, ja sogar Diskriminierung oder Angriff auf die eigene Religion verstanden. Daraus kann sich ein Nährboden für Fanatismus und Extremismus entwickeln. Es gilt diese zu verhindern.

Trotz der ganzen Probleme und scheinbare Hindernisse möchte ich Ihnen am Beispiel der Türkei, das ich nur kurz ansprechen möchte, vor Augen führen, dass eine Koexistenz, ein friedliches Miteinander des Islams und der Demokratie möglich ist.

Die Türkei nimmt unter den muslimischen Ländern mit ihrer Staatsform eine Sonderstellung ein. Sie ist westlich demokratisch und säkular. Der Staat und die Religion sind getrennt. Es herrscht Religions- und Meinungsfreiheit.

Die Türkei ist ein Schnittpunkt zwischen Ost und West sowie Nord und

Süd; nicht nur im geographischem Sinne, sondern insbesondere kulturell, religiös und wirtschaftlich gesehen. Sie besitzt einen großen historischen Erfahrungsschatz, insbesondere im Hinblick auf erfolgreiche gesellschaftliche Integration unterschiedlicher Religionen, Sprachen und Kulturen.

Die religiösen Belange werden durch das 1924 gegründete Amt „Präsidium für Religiöse Angelegenheiten“, Diyanet İleri Ba kanlı , kurz „Diyanet“ geregelt. Das Amt, Diyanet, ist kein Ministerium, sondern eine öffentliche Einrichtung; es ist eine in ihrer Handlungen unabhängige Institution und eine zivile Einrichtung zugleich. Die Diyanet kümmert sich um die religiösen Bedürfnisse der Muslime, aber sie diktiert nicht, sondern vermittelt auf wissenschaftlicher Basis. In ihrer Handlungen bedient sie die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen.

Während in manchen muslimischen Ländern die Religion für politische Zwecke benutzt wird und dazu dient, demokratische Veränderungen zu verhindern, obwohl es ein Verstoß gegenüber den Grundregeln des Islams ist, versucht die Diyanet der Fortentwicklung der Demokratie und der demokratischen Strukturen aus religiöser Sicht beizutragen. Es wurde und werden beispielsweise viele Schritte unternommen und Reformen durchgeführt, mit dem Ziel Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Frauen zu erreichen.

Das Islamverständnis in der Türkei, ist auch bedingt durch die demokratische Staatsform, weder radikal, noch fundamentalistisch, sondern gemäßigt (moderat). Im Koran werden nämlich die Gläubigen ermahnt, dass der Islam eine Religion der Mäßigung ist.

Die Islaminterpretation in der türkischen Gesellschaft ist vielfältig, so wie wir sie hier in Deutschland haben. Der Staat mischt sich nicht in die Interpretation von Religion ein, sondern er lässt alle Meinungen und Interpretationen über Islam zu und besteht nicht auf einer einheitlichen Interpretation, sodass der Islam in der Türkei nicht monolithisch (nicht Uniform) ist. Diese Vielfalt wird als eine Bereicherung, eine Grundlage für Fortentwicklung und ein Grund für Mäßigung angesehen. Denn eine monolithische Auslegung kann schnell zu Fanatismus führen. Da die Diyanet über fundiertes, auf Wissenschaft basierendes Wissen und Erfahrung verfügt, kann einem Missbrauch durch vermitteln vom richtigem Wissen entgegen getreten werden.

Eine vergleichbare Einrichtung gibt es in Deutschland nicht. Die religiösen Dienste werden von den Religionsgemeinschaften, die den Status der „Körperschaft des öffentlichen Rechtes“ haben und über eine Selbstverwaltung verfügen, wahrgenommen. Dieser Status ist bisher dem Islam verwehrt ge-

blieben. Ein wichtiger Schritt, auch als Signalwirkung für die Gesellschaft, wäre die Anerkennung der organisierten muslimischen Religionsgemeinschaft als „Körperschaft des öffentlichen Rechtes“.

Zur Vorbeugung des Missbrauchs der Religion Islam in Deutschland ist unbedingt zu erreichen, dass die Angehörigen des Islams über fundiertes, auf Wissenschaft basierendes, durchdiskutiertes Wissen über ihre Religion verfügen. Dementsprechend ist auch der Islamunterricht in den Schulen als ordentliches Fach von existenzieller Bedeutung und muss deshalb von Lehrern mit islam-theologischem Basiswissen erteilt werden.

In diesem Sinne ist auch die Imamausbildung in Deutschland eminent wichtig und wird und muss uns in Zukunft mehr denn je beschäftigen. In Anbetracht der Wichtigkeit der Rolle der Imame kommt der Ausbildung eine hohe Bedeutung zu. Deshalb ist diese eine universitäre Angelegenheit und sollte nur durch fachkompetente, erfahrene Islam-Theologen erfolgen.

Wenn man sich die Bedeutung, Funktionen und Ziele, sowie die Möglichkeiten der Kontrollierbarkeit der Demokratie und der Religion, in diesem Falle des Islams, vor Augen führt, so erscheint trotz aller Probleme ein friedliches Miteinander möglich und notwendig. Wir brauchen dazu etwas mehr Toleranz, gegenseitige Akzeptanz auf Basis der Selbstdefinition und Bereitschaft zu verändern.

Wie bereits erwähnt; „Jedermann sucht seine Dogmen in diesem (heiligen) Buch, Jedermann findet darin, was er sucht“. Es kommt also nur auf uns an und nicht auf den Islam oder die Demokratie.

Die Gegenwart ist das Produkt der Geschichte. Was wir heute investieren, erben wir in Zukunft.

Literatur:

1. Bardakoglu, A., 2008, „Religion und Gesellschaft“
2. Nohlen, D., Schultze, R.-O, „Lexikon der Politikwissenschaft“, Band 1 A-M
3. Höffe, O., „Ist die Demokratie zukunftsfähig?“
4. Sarkohi, F., „Islam und Demokratie – Chance oder Widerspruch?“, in Quantara.de – Dialog mit der islamischen Welt
5. Merkel, W., 2003, „Islam und Demokratie“, in Eurasisches Magazin
6. Güler, I., „Tanrı ve insan arasındaki dinî kaderi“, aus Vortrag
7. Can, S., Forschungszentrum für Religion und Gesellschaft, Köln

Islamismus ohne Gewalt - Harmlos oder die eigentliche Gefahr

Albrecht Metzger

Der Islamismus ist ein vielschichtiges Problem. Die meiste Aufmerksamkeit erhalten diejenigen Gruppierungen, die mit Gewalt – oftmals mit terroristischer Gewalt – versuchen, ihre Ziele in die Tat umzusetzen. Dazu gehören in erster Linie al-Qaida und ihre Ableger, die ungeachtet nationalstaatlicher Grenzen ihr Unwesen treiben, aber auch Gruppierungen wie die Hamas und die Hizbullah, die innerhalb von Nationalstaaten operieren. Weniger Beobachtung finden hingegen die Islamisten, die keine Gewalt anwenden, ergo auf friedlichem Wege versuchen, ihre Ziele umzusetzen.



Dieser Vortrag stellt die Frage, ob diese Islamisten nicht die eigentliche Gefahr darstellen, gerade weil sie keine Gewalt anwenden und deswegen auf den ersten Blick harmlos erscheinen, in Wirklichkeit aber Ziele verfolgen, die die Abschaffung politischer und gesellschaftlicher Freiheiten beinhaltet. Der Fokus des Vortrages liegt auf Deutschland, aber um die Komplexität des Themas zu verdeutlichen, sei am Anfang ein Blick in den Nahen Osten und nach Nordafrika erlaubt. Denn die Frage, ob gewaltlose Islamisten die eigentliche Gefahr sind, stellt sich in einem nahöstlichen Kontext anders als in dem Kontext westlicher Demokratien. Warum ist das so?

Gewaltlose Islamisten im Nahen Osten und Nordafrika agieren meistens in einem undemokratischen Umfeld. Mit Ausnahme der Türkei gibt es kein islamisch geprägtes Land in der Region, in dem regelmäßig Wahlen stattfinden und Regierungen auf friedlichem Wege abgelöst werden. Vielmehr herrschen autokratische Regime vor, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit nur in begrenztem Maße zulassen und in denen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. In einem derartigen Umfeld spielen gewaltlose Islamisten mitunter eine positive Rolle, anders als etwa in Deutschland. Gewaltlose Islamisten im Nahen Osten und in Nordafrika sind in der Regel in der Opposition, sie sind den gleichen Repressalien ausgesetzt wie andere politische Akteure auch und haben deswegen das gleiche Interesse, diese Repressalien zu umgehen.

Die Frage, wie man die autokratischen Regime ablösen kann, unterscheidet

die gewaltlosen Islamisten von den gewaltbereiten. Letztere glauben an den Dschihad als Mittel, um diese Regime zu stürzen. Dahingehende Versuche gab es in Syrien in den 1980er Jahren sowie in Ägypten und Algerien in den 1990er Jahren. Sie resultierten in äußerst blutigen Kriegen, die vor allem in Algerien zigtausende Menschen das Leben kostete.

Auch in Syrien setzte der Staat seine geballte Kraft ein, um den Aufstand der Muslimbrüder niederzuschlagen. In Ägypten war die Zahl der Opfer vergleichsweise gering, dennoch entartete der Dschihad der Islamisten in einen Krieg gegen unschuldige Zivilisten, der keine Sympathie in der Bevölkerung genoss. Die ägyptischen Muslimbrüder hatten mit diesem Dschihad schon nichts mehr zu tun, sie hatten sich bereits in den 1970er vom bewaffneten Kampf losgesagt und sich auf die Mission, die Daawa konzentriert. In den 1980er vollzogen die Muslimbrüder den nächsten Schritt und entschlossen sich, die begrenzten Möglichkeiten zu nutzen, die das ägyptische Regime ihnen ließ, um sich am politischen Leben zu beteiligen. Das bedeutete Teilnahme an Parlamentswahlen sowie Teilnahme an dem regen politischen Leben der Berufsverbände.

Dessen ungeachtet waren und sind die ägyptischen Muslimbrüder Opfer staatlicher Repressalien, immer wieder kommt es zu Massenverhaftungen und Misshandlungen in den Gefängnissen und Polizeistationen. Diese Erfahrung hat die Muslimbrüder mittlerweile zu überzeugten Demokraten gemacht. Jedenfalls sagen sie das. Sie befürworten demokratische Wahlen, sprechen sich gegen die autokratische Herrschaft aus und sind für die Gewaltenteilung. Ob man ihnen dieses Bekenntnis zur Demokratie wirklich abnehmen kann, ist eine offene Frage, so lange die Demokratie in Ägypten keine wirkliche ist. Bei den Parlamentswahlen im Jahre 2005 gewannen die Muslimbrüder jedenfalls über 100 Sitze und stellten somit den größten Oppositionsblock dar. Von vielen Seiten erteten sie Lob für ihre parlamentarische Arbeit, die sie offenbar ernster nahmen als die anderen Parteien im Parlament. Außerdem setzten sie sich für die Ausweitung demokratischer Rechte ein, so etwa für die Versammlungsfreiheit. In diesem Kontext gesehen stellen die ägyptischen Muslimbrüder durchaus eine positive Kraft dar. Sie wehren sich gegen staatliche Repressalien und reden der Demokratie das Wort. Ungeachtet der Frage, ob sie das aus Überzeugung oder nur aus reinem Eigennutz tun, ist zunächst einmal unerheblich. Der Lackmus-Test, ob die ägyptischen Muslimbrüder wahre Demokraten sind oder nicht, stellt sich erst dann, wenn das ägyptische Regime sich öffnet und wirkliche demokratische Prozesse zulässt.

Eines darf man dabei nicht vergessen: Selbst wenn sich die Muslimbrüder zur Demokratie bekennen, sind sie noch lange keine liberale Bewegung ge-

worden. Problematisch bleibt weiterhin ihr Verhältnis etwa zur Geschlechtergleichheit und zur Religionsfreiheit, wo sie Positionen vertreten, die im Kontext westlicher Demokratien nicht akzeptabel wären.

Diese Analyse ließe sich auf andere gewaltlose Islamisten im Nahen Osten ausdehnen. Das gilt insbesondere für die türkische AKP, die sich von einer islamistischen zu einer Partei gewandelt hat, die sich der Demokratie verschrieben hat. Die Frage, ob sie über Umwegen versucht, die Türkei zu islamisieren, spielt zunächst einmal eine untergeordnete Rolle. Im nahöstlichen Kontext jedenfalls stellt die AKP ein Beispiel für einen gewaltlosen Islamismus dar, der in der Lage ist, sich politischen Gegebenheiten anzupassen. Diese Anpassungsfähigkeit unterscheidet die gewaltlosen von den gewaltbereiten Islamisten. Letztere operieren häufig über nationale Grenzen hinweg und müssen sich nicht den politischen Gegebenheiten eines bestimmten Landes anpassen.

Diese etwas wohlwollende Analyse, die den Islammismus im nahöstlichen Kontext betrachtet, lässt sich nicht ohne weiteres auf die Bundesrepublik übertragen. Deutschland ist eine gefestigte Demokratie, die hiesigen gewaltlosen Islamisten werden nicht vor dem Hintergrund bewertet, ob sie demokratische Prozesse dulden oder nicht, sondern ob sie Parallelwelten errichten wollen, in denen Gesetze herrschen, die der freiheitlich demokratischen Grundordnung widersprechen. Das gilt zum Beispiel für die größte islamistische Organisation, die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş. Sämtliche Verfassungsschutzämter werfen ihr vor, strategisch eine Islamisierung Europas anzustreben. Für manche Verfassungsschützer stellen die gewaltlosen Islamisten die größere Gefahr als die gewaltbereiten Islamisten dar, weil sie den Dialog mit sämtlichen politischen und gesellschaftlichen Akteuren suchen und scheinbar harmlos daherkommen. Gewaltbereite Islamisten hingegen ließen sich leicht identifizieren und isolieren, sie stellen somit „nur“ ein Sicherheitsproblem dar.

Doch gerade was Milli Görüş betrifft, hat sich in den vergangenen Jahren ein Wandlungsprozess vollzogen, der von Sozialwissenschaftlern sehr viel wohlwollender beurteilt wird als vom Verfassungsschutz. So sieht der Ethnologe Werner Schiffauer eine neue Generation von Funktionären heranreifen, die die islamistischen Positionen der Organisation überwunden habe und sehr viel stärker auf Integration hinarbeite als ihre Vorgänger. Diese neue Generation ist in Deutschland aufgewachsen, gebildet und setzt sich nach eigenem Bekunden für die rechtliche Verankerung des Islams in Deutschland ein. Alte Positionen, wie sie etwa der Gründer der Milli-Görüş-Bewegung, Necmettin Erbakan vertritt, lehnen sie ab. Dazu gehören zum Beispiele seine antisemitischen Tiraden, die ein Grund ist, warum

Milli Görüş überhaupt erst in den Verfassungsschutzberichten auftauchte.

Dass es diese neue Generation gibt, darüber kann kein Zweifel herrschen. Die Frage ist nur, erstens wie ernst sie es mit ihrer neuen ideologischen Neu-Positionierung meint und zweitens wie stark ihr Einfluss in der Organisation wirklich ist.

Was die erste Frage betrifft, also die Glaubwürdigkeit der neuen Funktionäre betrifft, so hat der Autor in zahlreichen Gesprächen den Eindruck gewonnen, dass sie es ernst meinen mit ihrer neuen, stärker auf Integration ausgerichteten Position. In internen Gesprächen vertreten diese Funktionäre teilweise fortschrittliche Positionen, was etwa die Verschleierungspflicht der Frau betrifft. Manche sehen darin keine religiöse Pflicht, wollen diese Position aber nicht nach außen tragen, um nicht die konservative Basis zu verprellen. Das führt zu der zweiten Frage: Wie stark sind die neuen Funktionäre in der Milli-Görüş-Bewegung verankert? Was das betrifft, betrachten die meisten Verfassungsschützer die Situation sehr viel skeptischer als die genannten Sozialwissenschaftler. In manchen Bundesländern, etwa in Baden-Württemberg, sei der Einfluss der neuen Funktionäre kaum zu verspüren. Hier halten die alten Milli-Görüş-Funktionäre das Zepter weiter in der Hand. Die Frage bleibt also offen, ob sie sich in Zukunft überhaupt durchsetzen können.

Ungeachtet der Frage, wie die Entwicklungen bei der Milli Görüş weiter gehen, lässt sich über diese Art von Islamisten eines sagen: Sie nehmen am öffentlichen Leben teil, sie suchen den Kontakt zu politischen und kirchlichen Akteuren und sind gezwungen, mitunter pragmatisch zu handeln. Sie sind politischen und gesellschaftlichen Prozessen ausgesetzt, die im Idealfall zu einer „Demokratisierung“ des Islamismus beitragen können. In dieser Hinsicht gibt es durchaus Parallelen zu gewaltlosen Islamisten, sofern diese sich dazu entscheiden, am politischen Leben teilzunehmen.

Nach Ansicht des Autors geht die eigentliche Gefahr für die Integration von Muslimen in der Bundesrepublik Deutschland von einer anderen Form des Islamismus aus, die zwar auch gewaltlos ist, die aber nicht den Dialog mit gesellschaftlichen und politischen Akteuren sucht, sondern allein auf die Daawa, die Mission setzt. Damit sind die salafistischen Netzwerke gemeint, die sich in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik ausgebreitet haben. Der Salafismus ist eine ausdrücklich fundamentalistische Form des Islamismus. Die Salafisten streben danach, so zu leben wie die ersten Generationen der Muslime. Neue politische Institutionen, wie etwas die Demokratie, lehnen sie ab bzw. sie interessieren sich nicht dafür. Das unterscheidet sie von den oben beschriebenen Islamisten, die sich als Teil der hiesigen Gesell-

schaft sehen und sie mit gestalten wollen. Die salafistischen Prediger hingegen suchen nur nach neuen Konvertiten, sie leben in Parallelgesellschaften und raten ihren Anhängern, sich vom Rest der Gesellschaft abzuschotten. Problematisch sind auch die Übergänge zum dschihadistischen Salafismus, die auch bei gewaltlosen Salafisten immer wieder zu beobachten sind.

So lässt sich resümierend sagen, dass gewaltlose Islamisten in ihrem jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Kontext beurteilt werden müssen. In einem nahöstlichen Kontext können sie mitunter bei der Demokratisierung eine wichtige Rolle spielen, während sie in Deutschland bereits in einer Demokratie leben und sich den hiesigen Gegebenheiten anpassen müssen. Eine junge Generation von Islamisten könnte dabei helfen, orthodoxe Positionen zu überwinden, wenn sie sich denn in ihren jeweiligen Organisationen durchsetzen können. Die eigentliche Gefahr geht aber von den Salafisten aus, die sich von der Gesellschaft abschotten und Parallelwelten aufbauen, in denen eine klare Unterscheidung zwischen Gut und Böse herrschen. Gut sind nur diejenigen, die den wahren Islam leben, während der Rest für die Hölle prädestiniert ist.



Dr. Ralph Ghadban

Für sehr lange Zeit wurde die Islamismus-Debatte unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit geführt. Das Ergebnis war, dass viele Gruppen, die nicht weniger problematisch sind als diejenigen, die in den Verfassungsberichten stehen, ausgeblendet und nicht wahrgenommen wurden. Andere Gruppen, die die Verfassungsberichte erwähnen, glaubten nachweisen zu können, dass sie wegen ihrer sauberen Strafregister demokratietauglich sind. Sie wollten die Formel gewaltfrei gleich Demokrat durchsetzen und hatten damit einige Erfolge. Diese Konzentrierung auf die Gewalt lenkte den Blick von den realen ideologischen Gefahren ab, die die gewaltfreie Spaltung unserer Gesellschaft vorantreiben. Die islamistische Ideologie in allen ihrer Variationen wurde unter den Schutz der Religionsfreiheit genommen und kritiklos von den Multikulturalisten als kulturelle Identität akzeptiert.



Die Realität spricht allerdings eine andere Sprache. Bekanntlich sind die entstandenen Parallelgesellschaften in Deutschland hauptsächlich eine Reaktion auf die gescheiterte Integration. Ihr Fortbestand und ihre Weiterentwicklung können allerdings damit nicht gerechtfertigt werden. Sie sind eher ein Ergebnis des ideologischen und materiellen Gerüsts, das sie zusammenhält. Die deutsche Gesellschaft hat sich seit der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes 1999 grundlegend geöffnet. Mit dem Integrationsgipfel wurde auf höchster Staatsebene die Initiative ergriffen, um die Integration zu fördern. In derselben Zeit hat sich paradoxerweise die Parallelgesellschaft von der deutschen Gesellschaft weiter entfernt und verfestigt.

Es waren hauptsächlich die gewaltlosen Islamisten, die die islamische Identität förderten und das islamische Milieu erschufen. Sie haben ein Netz von Bildungseinrichtungen und islamischen Zentren errichtet, das eine genuine Reproduktion des Milieus ermöglicht. Die Selbstabgrenzung ist lange nicht mehr eine bloße Reaktion auf die Ablehnung der Gesellschaft. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer von den Normen der Mehrheitsgesellschaft abweichenden Erziehung und Sozialisation. Das Netz bietet eine Bildungs- und Erziehungsarbeit sowie Beratung und Sozialarbeit an, die auf einer islamistischen ideologischen Basis durchgeführt werden. Das erlaubt dem Milieu, neue Generationen von Muslimen aufwachsen zu lassen, die in jeder Hinsicht, von der Religiosität bis zur Bildung, von dem deutschen Standard

abweichen, wie die Untersuchungen der letzten Jahre zeigen.

Islamisten nennen sich die Muslime, die sich politisch aktiv für einen islamischen Staat einsetzen. Es stellt sich nun die Frage, ob der Rest der Muslime andere Vorstellungen hat? Man hat gelernt, zwischen Islamismus und Islam sowie zwischen Terrorismus und Islam akribisch zu unterscheiden. Nicht der Islam als Religion, sondern sein Missbrauch durch manche Muslime sei anzuprangern. Der Islam wurde auf diese Weise idealisiert und in den Himmel gehoben. In der Sicherheitsdebatte war diese Unterscheidung notwendig und auch hilfreich für den Schutz der Muslime vor Pauschalurteilen wie Muslim gleich Terrorist. Für die Integrationsdebatte dagegen ist diese Unterscheidung kontraproduktiv und verhindert eine ehrliche und offene Diskussion.

Nicht nur die Islamisten, sondern auch der traditionelle und orthodoxe Islam haben bis heute die Grundlagen unserer Demokratie nicht anerkannt. Mit den Grundlagen sind die Menschenrechte gemeint. In allen ihren Deklarationen von Kairo bis Paris haben die islamischen Gelehrten, die das religiöse Establishment vertreten, die Menschenrechte nur im Rahmen der Scharia anerkannt. Bei der überwiegenden Mehrheit der religiösen Organisationen im Westen ist eine bedingungslose Anerkennung der Menschenrechte nicht gegeben. Das Menschenrecht ist immer dem Gottesrecht untergeordnet. Alle Organisationen befolgen das Gesetz Gottes zuerst und manche an zweiter Stelle das Menschenrecht. Der organisierte Islam vertritt zwar eine Minderheit unter den Muslimen, durch seine Beherrschung des islamischen Milieus übt er aber einen sozialen Druck auf alle Muslime.

Ende des 10.Jh.s. endete die Herausbildung des klassischen Islams, der zur Orthodoxie wurde. In den folgenden Jahrhunderten kamen Elemente des Sufismus und der Volksfrömmigkeit hinzu und bildeten gemeinsam den traditionellen orthodoxen Islam. Unter den verschiedenen Namen haben wir dasselbe ideologische Substrat, nämlich die Teilung der Welt in zwei verfeindete Lager: das Gebiet des Islam, wo die Scharia herrscht, und das Gebiet des Krieges, wo der Unglaube herrscht. Ihre Beziehungen werden durch den „Fiqh des Krieges“ geregelt, der für den vorübergehenden Frieden auch ein Gebiet des Vertrages vorsah.

In der Moderne haben die meisten islamischen Staaten modernes menschliches Recht übernommen und die Scharia, das Gottesrecht, verdrängt. Dieser Säkularisierungsprozess ging vom Beginn der Reformen im osmanischen Reich 1826 bis zur iranischen Revolution 1979. Seitdem wird dieser Prozess unter Einfluss der Islamisten rückgängig gemacht. Von einem einzigen ist die Zahl der Schariastaaten auf über zweiundzwanzig inzwischen gestiegen.

Die islamistischen Ideologien, sowohl die gewaltbereiten als auch die gewaltfreien, wurden von den Migranten in den Westen in der zweiten Hälfte des 20. Jh.s eingeführt. Ihre Entstehung ist jedoch viel älter. In den letzten zweihundert Jahren erlebte die islamische Welt die wirtschaftliche und die koloniale Expansion des Westens. Um das Jahr 1900 lebten 160 von den 200 Millionen Muslimen weltweit unter direkter europäischer Kolonialherrschaft. Der Einbruch der westlichen Moderne in die islamische Welt war mit einer entwürdigenden Niederlage für die Muslime begleitet. Alle politischen und religiösen Bewegungen, die seitdem in der islamischen Welt entstanden, beabsichtigten ohne Ausnahme die Wiederherstellung der alten verlorenen Größe. Man kann sie grob in drei Gruppen aufteilen: Die Modernisten, die den Einstieg in die Moderne befürworten, die Antimodernisten, die die Moderne bekämpfen, und die Pseudo-Modernisten, die die Moderne vereinnahmen wollen. In den letzten fünfzehn Jahren kann man feststellen, dass immer mehr Antimodernisten sich der Strategie der Pseudo-Modernisten anschließen.

1. Zu den Modernisten zählen an erster Stelle die Nationalisten. Sie haben nicht nur die westliche säkulare Ideologie des Nationalismus übernommen, sondern versuchten auch, alle westliche Errungenschaften zu kopieren. Für die Bildung des Nationalstaates haben sie westliches Recht übernommen und das Gesetz Gottes, die Scharia, verdrängt. Sie blieb nur im Familien-, Stiftungs- und Erbrecht gültig. Eine Ausnahme bildet die Türkei, wo die Scharia 1926 ganz abgeschafft wurde. Die Nationalisten haben überall den Kolonialismus bekämpft und nationale säkulare Staaten errichtet. Als einziger Schariastaat blieb das Königreich Saudiarabien.

Zu den Modernisten zählen auch die Islamreformer der Nahda, d.h. der islamischen Renaissance. Angeführt von den Gelehrten Afghani (1838-1897) und Abdu (1849-1905) vertraten sie die Ansicht, dass das Kopieren des Westens zu keiner effektiven Modernisierung des Orients führt, weil man es mit einer Zivilisation zu tun habe, die auf einem Wertesystem basiert, und nicht mit einem Sammelsurium von Einzelteilen, wie Recht, Technik und Naturwissenschaften, die man beliebig und selektiv übernehmen könne.

Eine effektive Modernisierung muss erst mit der Reform der Religion beginnen. Das geschieht durch die Wiederbelebung der Vernunft, mit deren Hilfe die heiligen Schriften neu gelesen werden. Wie die Altvorderen die heiligen Texte gelesen und verstanden haben, steht nun den Muslimen zu, diese Texte im Lichte der Moderne selber zu lesen und neu zu interpretieren.

Manche verstanden die Rückkehr zu den Fundamenten als Versuch der Wie-

derbelebung der alten Tradition und nicht ihrer Fortsetzung. Als Atatürk 1924 das Kalifat abschaffte, spalteten sie sich und näherten sich dem Salafismus der Wahabiten in Saudiarabien an. Sie wollten wie die Wahabiten den Kalifatsstaat wiederherstellen und gründeten dafür in Ägypten die erste Organisation des modernen politischen Islams: die Muslimbrüderschaft. Im Gegensatz dazu entwickelten sich die Islamreformer weiter und wurden neben den Nationalisten und später erschienenen Sozialisten die Hauptträger der säkularen Ideologie in der islamischen Welt.

2. Die zweite Gruppe bilden die Antimodernisten. Sie erfasst alle islamische Erneuerungsbewegungen, die die Moderne ablehnen, um den glorreichen islamischen Staat des 7. Jh., wiederherzustellen. In dieser Gruppe befinden sich alle gewaltbereiten, aber auch viele friedliche Islamisten, die die Gewaltanwendung verurteilen.

Zu den gewaltbereiten zählen die Wahhabiten Saudiarabiens, die Muslimbrüder Ägyptens, die türkische Milli Görüs, die Jama'at Islamiya Pakistans und alle Dschihad-Bewegungen. Sie stehen seit Jahren in den Studien und Berichten und brauchen keine weitere Erläuterungen.

Zu den friedlichen Islamisten gehört überwiegend der indische Islam. Mit der Absetzung des letzten islamischen Mogul-Kaisers durch die Briten im Jahre 1857 endete auch die formale islamische Herrschaft in Indien und die Muslime wurden zu einer Minderheit in einem nichtislamischen Staat. Indien wurde zu dar al Harb (Gebiet des Krieges) und ein guter Muslim sollte nach dar al Islam (Gebiet des Islam) auswandern (Hijra). Die wichtigsten muslimischen Bewegungen in Indien blieben im Lande, entschieden sich aber für die innere Migration, für einen inneren Rückzug in die Festung ihres Glaubens. Sie waren friedlich und verzichteten auf den Djihaad.

1867 entstand als erste die Deobandi-Bewegung. Sie ist streng fundamentalistisch und will den klassischen Islam wiederbeleben. Ihr Ziel war die Abkoppelung von den Hindus und die Bildung einer islamischen Gemeinschaft. Die zweite ist die 1904 entstandene Sufi-Bewegung der Bareilvi (Tariqa Muhammadiya), die eine ähnliche Abgrenzung der islamischen Gemeinschaft von der Umwelt wie die Deobandis forderte und keine politischen Interessen zeigte.

Aus der Deobandi-Bewegung stammen zwei Strömungen, die sich für die totale Abgrenzung von der Umwelt einsetzen. Die erste ist die Jama'at at Tabligh (1927), die sich ganz auf die eigene Gemeinschaft zurückziehen will und eine totale Abschottung betreibt, ohne den umgebenden Staat an-

dern zu wollen. Die zweite ist die von Mawdudi 1941 gegründete Jama'at al Islamiya, die sich ähnlich abschottet, aber für die Errichtung des idealen islamischen Staates kämpft. Sie hat zur Spaltung Pakistans von Indien beigetragen.

Die Deobandis liefern das beste Beispiel dafür, wie eine friedliche islamistische Ideologie sich unter Umständen in eine gewalttätige umwandeln kann ohne die gemeinsame ideologische Basis zu verlassen. Aus den Deobandischulen in Pakistan sind übrigens auch die Taliban hervorgegangen.

Zu den friedlichen Antimodernisten gehört die türkische Suleymanci-Bewegung, bekannt in Deutschland als Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ). Der Verband sieht seine Aufgabe laut Satzung in der „Unterweisung im islamischen Glauben und Lehre und Wahrung der islamischen kulturellen Werte“ (§ 3 Abs. 1). Die Suleymancis sind mit den indischen Barelvi und Tablighi vergleichbar und versuchen in ihren abgeschotteten Gemeinden ein Leben nach der Scharia zu führen.

3. Die dritte Gruppe bilden die Pseudo-Modernisten. Sie sind meistens in der Türkei zu finden. Im Gegensatz zum indischen und arabischen ist der türkische Islam weitgehend friedlich. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Nationalisten nach der Zerschlagung der islamischen Konterrevolution von 1909 eine Säuberung der religiösen Spuren betrieben haben, die unter Atatürk in eine radikale Laizierung mündete. Erst nach Ende des Einparteiensystems 1950 war die Gründung von islamischen Parteien möglich. Angesicht dieser Repression unter dem Einparteiensystem konnten die Islamisten sich nur friedlich verhalten und entwickelten eine entsprechende Vorgehensweise, die hauptsächlich darin bestand die Religion wieder in den öffentlichen Raum einzuführen.

Eine weitere Besonderheit des türkischen Islamismus besteht darin, dass er die goldene Zeit der rechtsgeleiteten ersten vier Kalifen, die Zeit der Glückseligkeit, mit der Herrschaft der Osmanen gleichstellt und daher mehr oder weniger nationalistisch ausgeprägt ist, weniger beim politischen Islam von Milli Görüs und mehr bei dem angeblich apolitischen Islamismus der Nurculuk und Fethullaci. Diese beiden Bewegungen berufen sich auf die Lehre von Said Nursi.

Said Nursi (1876-1960) teilt sein Leben selber in zwei Phasen. Die erste unter der osmanischen Herrschaft, in der er eher kämpferisch-agitatorisch war, und die zweite ab 1922 unter dem säkularen Kemalismus, in der er aufklärerisch-subversiv war. In beiden Phasen und in seinem ganzen Leben

hat Said Nursi den Säkularismus bekämpft. Er wollte immer das islamische Wertesystem in Staat und Gesellschaft wiederherstellen: In der ersten Phase durch die Restaurierung der schariamäßigen Macht des Sultans, in der zweiten Phase, als die Repression groß war, durch die Erhaltung der schariamäßigen Religiosität in der Gesellschaft.

Anders als die Islamreformer, die auf die Wiederbelebung der autonomen Vernunft setzen, für eine neue Interpretation der Religion im Lichte der Moderne, versucht Nursi, die Moderne in der unveränderlichen Welt der Religion zu integrieren. Dafür bekämpft er die autonome Vernunft und schränkt ihr Operationsfeld ein. Sie darf nur im Dienst des Glaubens eingesetzt werden. Der Islam hat alles, was ein Mensch braucht, aus dem Westen dürfen die Muslime nur Naturwissenschaften und Technik übernehmen, damit sie wieder mächtig werden und den Westen schlagen können. Selbst die Naturwissenschaften sind im Koran begründet und Nursi versucht, mit seiner Koranexegese dies zu beweisen. Flugzeuge, Elektrizität, Eisenbahn, Telegraf und desgleichen sind schon im Koran erwähnt, sein Schüler Fethullah Gülen glaubt, sogar im Koran die Mondlandung entdeckt zu haben.

Diese aberwitzige Methode stellt keine Modernisierung dar, ist eher eine Vereinnahmung der Moderne, so werden die Wissenschaften von der Offenbarung und die Rationalität vom Glauben vereinnahmt. Die religiösen Grundlagen werden in keiner Weise berührt, weil die Moderne schon im Islam existiert. Deshalb brauche der Islam keine Modernisierung und keine Reform. Das ist auch die Grundposition aller Islamisten, ob friedlich oder gewaltbereit. So finden wir unter dem modernistischen Lack den alten orthodoxen Islam mit allen seinen problematischen Ansätzen bezüglich des Lebens auf der Basis der Menschenrechte in einer modernen Gesellschaft. Deshalb sind diese Bewegungen unter der Kategorie der Erneuerung und nicht der Reform zu erfassen. Es sind pseudo-modernistische Bewegungen.

Das Netzwerk der Nurculuk entstand in der Phase der forcierten Säkularisierung in der Türkei, die bis 1950 ging und in der die Religion aus der Öffentlichkeit verdrängt wurde. Es war deshalb ziemlich geschlossen und konzentrierte sich hauptsächlich auf die religiöse Erziehung seiner Anhänger. Fethullah Gülen dagegen profitierte von der einsetzenden Liberalisierung seit 1950, die das Eindringen der Religion in die Gesellschaft erlaubte und gründete ein offenes Netzwerk, das verschiedene Beziehungsarten zu seiner Umwelt ermöglichte, darunter auch scheinbar säkulare Arten. Er entwickelte auch mehrere Diskurse, die sich an unterschiedliche Teile der Öffentlichkeit wenden. Neben dem islamischen finden wir auch einen nationalistischen Diskurs, der sich seit dem Exil Gülens in den USA 1999 sich um einen universellen Diskurs, gerichtet an die Christen im Westen.

Diese Erweiterung der Diskursstränge hat in keiner Weise die ideologischen Grundlagen berührt. Die Haltung Gülens zum Djihad, zur Apostasie, zur Frau, zur Demokratie hat sich nicht geändert. Es wurde nicht einmal versucht, die scheinbaren Widersprüche in den verschiedenen Diskursen zu klären, mit dem Ergebnis, dass die Menschen vor der Offensive der Fethullaci in die deutsche Öffentlichkeit seit zwei Jahren verwirrt und unentschieden dastehen.

Zu den Pseudo-Modernisten gehören auch die neuen Tendenzen unter der Muslimbrüderschaft, die seit Mitte der 90er Jahre aus den Fiqhräten, sowohl in Europa als auch in den USA, hervorgingen. Ihre Grundposition besagt, dass die Muslime die Integration in den westlichen Gesellschaften vermeiden und ihre eigenen Gemeinschaften auf der Basis der Scharia bilden sollen. Ausgehend von der religiösen Freiheit im Westen fordern sie ihr Recht, nach ihrer Religion zu leben, d.h. nach einer islamischen Lebensweise, und hoffen, langfristig eine schariakonforme Änderung der säkularen Gesetze zu erzielen.

Scheich Yusuf al-Qaradawi, der Vorsitzende des „Europäischen Rates für fatwa und Forschung“, stützt sich auf das klassische Recht um ein Ausnahmerecht, angepasst an die Bedürfnisse der Muslime im Westen, zu entwickeln.

Der Ex-Vorsitzende des „Fiqhates Nordamerikas“, Taha Jaber al-'Alwani, ist der Auffassung, dass ein Ausnahmerecht der neuen Gegebenheit nicht gerecht werden kann, ein neuer fiqh (Recht) sei vielmehr notwendig, weil die alte Teilung der Welt in Gebiet des Islam und Gebiet des Krieges nicht mehr existiere. Wir haben heute ein internationales Recht, die Muslime wandern in den Westen aus, wo sie ihre Religion frei praktizieren und die Staatsangehörigkeit der Gastländer erwerben können. In dieser globalisierten Welt soll der „fiqh der Koexistenz“ den „fiqh des Krieges“ ersetzen. Aus diesen Überlegungen heraus gründete Al-'Alwani den so genannten „fiqh al aqalliyat“, d.h., das islamische Recht für die muslimischen Minderheiten im Westen.

Der traditionelle fiqh, meint er, konzentrierte sich auf das Gebiet des Islam und lehne die Siedlung der Muslime im Gebiet des Krieges ab. Er ignoriere den universellen Charakter des Islam, der die Muslime auffordert, in die Welt zu gehen und die Religion zu verbreiten. Die Mission rechtfertige die Anwesenheit der Muslime im Westen und deswegen muss diese vorbereitet und für eine permanente Niederlassung geplant werden. Die Muslime sollen an allen Aspekten des Lebens teilnehmen, nur auf diese Weise haben sie langfristig eine Chance, die Gesetze ihrer Gastländer im Sinne des Islam zu ändern.

Tariq Ramadan vertritt eine ähnliche Position. Ausgehend vom universellen Charakter des Islam lehnt er aber ein separates Recht für die Muslime im Westen ab, der für ihn genau wie für Qaradawi und `Alwani ein Gebiet der Mission bleibt. Die Scharia ist allgemein gültig und kann nicht geändert werden. Erforderlich ist deshalb eine Anpassung des Westens an den Islam und nicht umgekehrt. Anstatt eine friedliche Eroberung des Westens durch die islamische Welt, wie ausgearbeitet von al-Qaradawi und al-Alwani, schlägt Ramadan eine Integration des Westens in die Welt des Islam vor. In beiden Fällen wird mit dem fiqh operiert und in beiden Fällen ist eine Integration der Muslime in den Westen überflüssig.

Die Anstrengung der Islamisten mit Hilfe des fiqh einen westlichen Islam zu schaffen, ist ein Manöver im Rahmen ihrer Missionierungsbestrebungen zur Islamisierung des Westens. Sie dienen weder der Integration noch der Modernisierung, sondern dem Erhalt und der Stärkung der muslimischen Gemeinschaften im Hinblick auf die Einführung der Scharia in den säkularen Staaten.

Unter der Führung Saudi Arabiens entsteht eine Art islamische Ökumene, Al-Alwani gründete 1988 „Den Fiqhat von Nordamerika“ und war 1997 an der Gründung des „Europäischen Rates für Fatwa und Forschung“ von al-Qaradawi beteiligt. Beide Institutionen sind gemeinsam mit der indischen „Islamischen Fiqh Akademie“ an die „Organisation der Islamischen Konferenz“ gebunden. Die Verbindung wird durch „Die internationale Fiqh Akademie“ in Jeddah hergestellt, die ein integrierter Teil der von Saudi Arabien dominierten „Islamische Weltliga“ ist. Von Anfang an genoss al-Alwani die Unterstützung des saudiarabischen Königs Fahd.

Diese Ökumene strebt eine islamische Moderne auf der Basis des Gottesrechts an. Sie bekämpft nach wie vor die auf dem Menschenrecht basierende Moderne. Anders als früher soll es aber nun friedlich geschehen.

Globalisierter islamistischer Terrorismus - Ein überholtes Phänomen?

Dr. Yassin Musharbash

Experten sind sich uneins, wie erfolgreich al-Qaida ist – und wie erfolgreich ihre Bekämpfer. Tatsache ist, dass es viele Vorfälle gibt, bei denen es gar nicht so eindeutig ist, ob sie ein Erfolg oder ein Misserfolg waren.

Beispiele:

- Anschlagplan auf US-Jet über Detroit von al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel
- Anschlagplan Times Square New York von Faisal Shahzad / Pakistanische Taliben



Klar hingegen ist, dass AQ & Co in den letzten Jahren einige schwere Niederlagen hinnehmen mussten (vor allem: Drohentote) und keinen prestigeträchtigen Großanschlag im Westen mehr umsetzen konnten.

Ein überholtes Phänomen?

„Al-Qaida ist auf der Flucht“
JOE BIDEN, US-Vizepräsident

„Al-Qaida ist dabei, zu gewinnen“
BRUCE HOFFMAN, Georgetown University

The graphic features a central globe with Arabic calligraphy overlaid. The text is presented in a clear, sans-serif font. The top quote is in blue, and the bottom quote is in black. The background has a soft, ethereal glow.

Aber auch die Erfolgsseite ist nicht unbeeindruckend. Der Anschlag eines Doppelagenten auf eine CIA-Basis in Khost (Afghanistan) war nach Meinung nicht weniger Experten die ausgefeilteste Operation von Dschihadisten seit 9/11.

Ebenfalls auf al-Qaidas „Haben-Seite“:

- Täglich in den Nachrichten
- Fortschreitende Destabilisierung in Pakistan/Jemen/Somalia

In diesem Vortrag wird es darum gehen, ohne eine endgültige Bewertung, einige der neuesten Trends aufzuzeigen: Was ist neu bei Al-Qaida & Co? Und was ist der Stand der Dinge?

Auf dem Weg zu Wiki-Qaida

Auf dem Weg zu Wiki-Qaida

Bis 2001: Hierarchische Kaderorganisation

Heute: Dezentral; flache Hierarchien; lernend und intelligent; schwer abzugrenzen; von Ehrenamtlichen getragen; über Internet verknüpft

„Al-Qaida ist heute Organisation, Netzwerk und Ideologie in einem“
S. GOHEL, Asia-Pacific Foundation, London

The slide features a man in a white thobe and ghutra reading a document in front of a chalkboard with Arabic text. Below this is a screenshot of a newspaper article with a photo of a person in a hospital bed.

Al-Qaida hat sich nach 2001 stark verändert, dadurch ihr Überleben gesichert – aber inhärent um den Preis, dass es meistens keine unmittelbare Befehlskette mehr gibt.

Beispiel:

- Veröffentlichung von Schulungsmaterial im Internet (Sichert Überleben, bedeutet aber auch Aufgabe der Kontrolle über das Material)

Aber der in meinen Augen entscheidende Unterschied zu früher: AQ & Co. können sich heute auf tausende, evtl. sogar zehntausende EHRENAMTLICHE in aller Welt stützen. Die meisten sind zwar nur im WWW aktiv, aber die Grenzen verschwimmen.

Beispiel dafür:

- Die Betreiber dschihadistischer, mit al-Qaida & Co. kooperierender Internetforen. Sie machen den steten Propagandafluss erst möglich.

Das Zitat von S. Gohel stimmt daher: AQ ist heute gewissermaßen alles - und das Gegenteil. Al-Qaida ist nicht mehr nur Osama Bin Ladens Organisation, sondern in gewisser Weise auch die Summe aller dschihadistischen Umtriebe seit dem 11. September 2001. Al-Qaidas Idee des internationalisierten militanten Dschihad hat Früchte getragen, ohne dass al-Qaida diese immer steuern kann.

Zudem verändert sich al-Qaida immer noch laufend.

Eine Konsequenz aus dieser Entwicklung: Al-Qaida ist nicht widerspruchsfrei; die Parallelität von scheinbar widersprüchlichen Trends ist möglich.

Beispiel dafür:

- Dass es sowohl Anschläge gibt, in denen ganz klar ist, dass sie „leader-led“ sind, also von „oben“ geplant und in Auftrag gegeben, als auch Anschlagpläne, die man als „leaderless“ beschreiben muss – die also in Eigenregie der Attentäter entstehen.

Meine These: Eine neuer Trend bei al-Qaida ersetzt nie einen alten. Es kommt immer nur mehr hinzu.

Neue Absender - Neuen Botschaften – Neue Adressaten

Wenn man sehr genau die Veröffentlichungen von AQ & Co verfolgt, stellt man fest, dass diese sich nicht nur stark verbessert haben. Sondern auch, dass eine Reihe neuer Absender sich etabliert haben. Das hängt eng zusammen mit einem seit Jahren zu beobachtenden Trend zur Mehrsprachigkeit. Heute ist sie die Norm.

Es gibt auch einen starken Anstieg in der Bedeutung der deutschen Sprache. Einige „Prediger“ und Ideologen sind von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang: Anwar al-Awlaki (Jemen), Bekkay Harrach (stammt aus Bonn), Adam Gadahn (US-Amerikaner bei al-Qaida)

Neue Absender

- Seit 2005: Spürbarer Anstieg nicht-arabischer Propaganda
- Heute: Mehrsprachigkeit als Norm, auch Deutsch
- Neue Prediger in westlichen Sprachen: Awlaki, Harrach, Gadahn...
- Neue Ideologen steigen innerhalb von AQ & Co. auf: Abu al-Yazid, Abu Yahya al-Liby

Daraus ergibt sich eine interessante Frage: Wandelt sich die Botschaft al-Qaidas denn mit den neuen Absendern?

Ich glaube : In Teilen durchaus.

Beispiele sind zum Beispiel zuvor praktisch nicht existente Themen wie zivile Todesopfer; Weltfinanzkrise; Dritte Welt; Klimawandel...

Dahinter steht m.E. der Versuch, neue Kreise anzusprechen – etwa potenzielle Sympathisanten in der dritten Welt – oder von Kapitalismus Enttäuschte im Westen.

Das bietet sich deshalb an, weil die Argumentenkette bei diesen Themen stets dieselbe ist: Die USA haben das Problem verursacht; die Antwort daher: Lossagen von USA, sich selbst befreien, sich den USA-Gegnern anschließen, die islamische Alternative begreifen.

Etwas abstrakter formuliert: Das „Narrativ“ al-Qaidas wird ausgeweitet und angepasst.

Allerdings: Nicht alle diese Themen sind abgestimmt oder widerspruchsfrei; nicht alles ist durchdacht (Beispiel Bekkay Harrach).

Diese drohende ideologische Zerfaserung ist eine Gefahr für al-Qaida.

Neue Adressaten

- AQ & Co und ihre Ehrenamtlichen zielen (auch) auf „Doorknocker“
- Beispiele: JihadJane, Abdulmutallab, Shahzad, Hasan
- Im „Idealfall“ folgt Kontaktaufnahme + Reise nach Waziristan etc.
- Aber auch Eigeninitiative wird gern gesehen (sicherer!)

„Rekruten haben heute kein eindeutiges Profil mehr“
Peter NEUMANN, ISCR

Immer massiver versuchen AQ & Co. derweil Einzeltäter und „Doorknocker“ (Selbstanbieter) anzusprechen.

Es gab bereits spektakuläre Erfolge:

- Nidal Hasan in Fort Hood
- Stephen Headley in Mumbai
- JihadJane (wollte mutmaßlich schwedischen Karikaturisten angreifen)
- Abdulmutallab (Detroit)
- Faisal Shahzad (Times Square)

Entsprechend richtig ist das Zitat von P. Neumann.

Allerdings:

Jeder dieser Fälle ist sehr individuell und unterschiedlich gelagert.

Dieser Trend ist indes ungebrochen und könnte zu einem dauerhaften Problem werden.

Dschiadisten made in Germany

- 50+ Dschiadisten aus Deutschland in AfPak
- 1 Selbstmordattentäter, 3-4 im Kampf gestorben
- >7 in Videos aufgetaucht
- Bei IJU, IBU, D-TAL, AQ-C
- Motive: „Umma verteidigen“; „Unter islamischem Recht leben“; von Videos angelockt; persönliche Erfahrungen

Deutsche Taliban Majahidin Islamische Emirate Afghanistan

Abu Askar aus Deutschland

PROBEG UNTER

Fazit & Ausblick

- Die „Narrative“ von AQ & Co. verfährt noch immer – und es gibt kein (direktes) Gegenmittel
- Aktuelle Radikalisierungsverläufe oft sehr schnell – auch hier ist unklar, wie man das verhindern kann
- Der internationale islamistische Terrorismus ist keineswegs überholt – aber er verändert sich (laufend)
- Szenarien immer schwerer vorherzusehen – hohe Wahrscheinlichkeit: Viele kleine, aber kein zweites 9/11



Kein Ereignis der letzten Jahrzehnte hat sich so spektakulär und unvergesslich ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gedrängt wie die Anschläge vom 11. September 2001. Damit erlangten eine schon in den 1980er Jahren entstandene Ideologie, der „globale Jihad“, und deren Protagonisten schlagartig eine enorme Bedeutung: In den westlichen Staaten und auch von den Regierungen vieler islamischer Staaten wurde AL-QAIDA noch jahrelang als größte akute Bedrohung für die nationale Sicherheit wahrgenommen (und überschätzt), d.h. man fürchtete, diese Organisation könnte in absehbarer Zeit vergleichbare oder noch schlimmere terroristische Anschläge vorbereiten und ausführen. Andererseits gewann Usama Bin Ladin großes Prestige in Teilen der muslimischen Bevölkerung weltweit, weil er wie kein anderer vor ihm anti-amerikanische Ressentiments nicht nur verbal instrumentalisierte, sondern auch mit einer „Großtat“ den Amerikanern einen schweren Schlag „im eigenen Haus“ zugefügt hatte. Durch Verbreitung über das Satellitenfernsehen¹ und das Internet, aber auch unterstützt durch die Reaktionen der USA (Kriege in Afghanistan und Irak), gewann AL-QAIDAS Ideologie des „globalen Jihads“ im vergangenen Jahrzehnt Zigtausende aktive Anhänger und Millionen von Sympathisanten in der gesamten islamischen Welt, einschließlich der muslimischen Diaspora in westlichen Staaten, und es entstanden eine Reihe gleichgesinnter oder sogar direkt mit AL-QAIDA verbundener Organisationen von Nordwestafrika bis Südostasien. In einer Fülle von Propagandavideos und –schriften, die vor allem über das Internet verbreitet werden, wiederholen die Wortführer des „globalen Jihads“ seit Ende 2001 in immer neuen Varianten und Aktualisierungen die folgenden zentralen Thesen:



- Die islamische Umma² ist mit der umfassendsten Aggression ihrer Geschichte durch die „ungläubigen“ westlichen Staaten, angeführt von den USA, konfrontiert und kämpft um ihre Würde und ihr Überleben.
- Der einzige Ausweg für die Umma ist der Jihad. Legitime Ziele des

1 Vor dem Aufkommen jihadistischer Internetforen (s. u.) wurden Verlautbarungen von Bin Ladin und anderen Führern der AL-QAIDA vor allem über den arabischen TV-Sender Al-Jazeera verbreitet.

2 Umma (Gemeinschaft) ist der arabische Terminus für die fiktive Gemeinschaft aller Muslime weltweit.

Jihad sind alle Staatsbürger der „Allianz von Kreuzfahrern³ und Juden“. Die Teilnahme an diesem Jihad oder zumindest seine Unterstützung ist eine religiöse Pflicht für jeden Muslim.

- Der Jihad muss global geführt werden, weil auch die „Feinde des Islams“ global agieren und der Islam keine nationalen Schranken anerkennt. Fernziel ist ein pan-islamisches Kalifat, das weltweit „Gottes Gesetz“ (d.h. die islamische Scharia) durchsetzt.

AL-QAIDA in Afghanistan bis Ende 2001

Eine Ironie der neueren Geschichte ist, dass die Ideologie des „globalen Jihads“ mit aktiver Unterstützung der USA und ihrer Verbündeten im Afghanistankrieg der 1980er Jahre entstanden ist. Seinerzeit war nicht nur die Mobilisierung der Afghanen selbst gegen die sowjetische Besatzung mit islamistischer Ideologie willkommen – der Begriff Mujahidin, d.h. „Kämpfer im Jihad“, wurde im afghanischen Kontext wie „Freiheitskämpfer“ verstanden – sondern auch deren finanzielle, logistische und personelle Unterstützung durch arabische und andere muslimische Staaten. Während Pakistan eine Schlüsselrolle als Rückzugsgebiet und Versorgungsbasis der afghanischen Mujahidin spielte⁴ und Saudi-Arabien Milliarden US-\$ an finanzieller Hilfe beisteuerte, fanden auch Tausende Freiwillige aus arabischen und anderen islamischen Staaten den Weg nach Afghanistan. Einer, der sich besonders für die Sammlung privater arabischer Spenden und die Entsendung arabischer Freiwilliger engagierte, war der Palästinenser Abdullah Azzam, der 1984 ein „Dienstleistungsbüro“ für arabische Mujahidin in Peshawar eröffnete. Azzam wurde mit zahlreichen Schriften zum Vordenker der Ideologie des „globalen Jihad“ und wird bis heute in propagandistischen Videos und Schriften häufig zitiert und verehrt.⁵ Auch Usama bin Ladin leistete schon in den 1980er Jahren finanzielle und organisatorische Hilfe für arabische Afghanistan-Kämpfer und gründete 1988 die Qa’idat al-Jihad („Basis des Jihad“) mit dem Ziel, den Jihad später auch in andere Länder zu tragen. Auch wenn der Beitrag arabischer und sonstiger ausländischer Kämpfer zum Sieg über die Sowjet-Union nur gering war, so entstand doch in den

3 Mit „Kreuzfahrern“ sind im Sprachgebrauch der zeitgenössischen Anhänger des „globalen Jihads“ die USA und sonstige „christliche“ Staaten gemeint, die sich an der „Aggression gegen die Muslime“ – wozu auch die Intervention in Afghanistan seit Ende 2001 gezählt wird – beteiligen.

4 In den 1980er Jahren kontrollierte der pakistanische Militärgeheimdienst ISI auch die Zuteilung von Waffen an die afghanischen Mujahidin und gab diesen umfangreiche operative Anleitungen.

5 Abdullah Azzam (1941-1989) erklärte in seinen Schriften den Jihad zur „individuellen Pflicht“ für jeden wehr-fähigen Muslim, solange ehemals islamische Gebiete von Nichtmuslimen besetzt sind. Dazu zählte Azzam außer Afghanistan und Palästina die seinerzeit noch sowjetischen Republiken in Zentralasien und sogar Spanien.

1980er Jahren in Afghanistan erstmals das Bewusstsein eines panislamischen Jihads mit Beteiligung von Muslimen aus der ganzen Welt, der sich in der Folgezeit in erster Linie gegen die USA und deren Verbündete richtete. Nach dem sowjetischen Abzug 1989 kehrten dann die meisten arabischen Afghanistan-Kämpfer in ihre Heimatländer zurück und machten sich dort als harter Kern militanter islamistischer Gruppen bemerkbar, besonders in Ägypten und Algerien.

Die weitere Entwicklung in Afghanistan in den 1990er Jahren führte dazu, dass das Land schließlich noch mehr als in den 1980er Jahren zum Magnet und Sammelpunkt für islamistische Extremisten aus aller Welt wurde, (die ihrerseits bis heute jeweils die Selbstbezeichnung Mujahidin bevorzugen). So brauchten die in viele rivalisierende Gruppen aufgesplitterten afghanischen Mujahidin nach dem sowjetischen Abzug noch mehr als drei Jahre, bis sie im April 1992 siegreich in Kabul einziehen und einen „Islamischen Staat Afghanistan“ ausrufen konnten. Dieser Staat wurde nie funktionsfähig, sondern es entbrannte sofort in der Hauptstadt und in anderen Landesteilen ein Bürgerkrieg um die Vormacht. In der Südhälfte Afghanistans, dem Hauptsiedlungsgebiet der Paschtunen, (der dominierenden afghanischen Volksgruppe), drangsalieren räuberische „Warlords“ die Bevölkerung und bekämpften sich gegenseitig. In dieser Situation entstand – mit aktiver Förderung Pakistans – Ende 1994 die neue Bewegung der Taleban, deren Führer sich aus den fundamentalistisch-religiösen Elementen der paschtunischen Mujahidin rekrutierten. Es gelang den Taleban in kurzer Zeit, die Paschtunen des Südens unter ihrem Kommando zu vereinen und im September 1996 Kabul zu erobern, wonach sie ein „Islamisches Emirat Afghanistan“ ausriefen.

Die Ziele der Taleban beschränkten sich in den 1990er Jahren auf die „Befriedung“ ganz Afghanistans unter ihrer Herrschaft und die „Implementierung der Scharia“ in einer äußerst rigiden, rückständigen Form. Da die Taleban aber international isoliert blieben,⁶ und da ihre afghanischen Rivalen („Nordallianz“) ihnen weiterhin mit auswärtiger Unterstützung militärisch zusetzten, gelang es Bin Ladin und anderen ausländischen Extremisten, sich den Taleban als Bündnispartner anzudienen und im Gegenzug eine sichere Zuflucht in ihrem Machtbereich zu erhalten. Bin Ladin selbst hatte sich mit Hunderten seiner Anhänger seit 1992 im Sudan aufgehalten und war nach seiner Ausweisung durch die sudanesishe Regierung im Mai 1996 zunächst in ein seinerzeit neutrales Gebiet von Afghanistan geflogen. Seit

6 Nur Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate erkannten seit 1997 das „Islamische Emirat Afghanistan“ als offizielle Regierung an, während alle übrigen Staaten und die Vereinten Nationen weiterhin die 1996 von den Taleban aus Kabul vertriebene Regierung des Präsidenten Burhanuddin Rabbani als „legitime Regierung Afghanistans“ ansahen.

Ende 1996 genoss Bin Ladin jedoch Schutz und Gastfreundschaft der Taleban und konnte in den folgenden fünf Jahren Tausende Radikal-Islamisten aus arabischen und anderen Ländern in Lagern in Afghanistan militärisch, ideologisch und terroristisch ausbilden lassen. Im Gegenzug beteiligten sich AL-QAIDA und andere extremistische Organisationen – u.a. die Islamische Bewegung Usbekistans – an den militärischen Kampagnen der Taleban und leisteten diese finanzielle Unterstützung.

Die USA und Saudi-Arabien haben die Taleban bereits seit 1997 wiederholt und mit ständig wachsendem Nachdruck aufgefordert, Bin Ladin und andere Extremisten auszuliefern oder zumindest auszuweisen, was die Taleban jedoch stets mit Verweisen auf afghanische und islamische Gastfreundschaftstraditionen und „mangelnde Beweise“ gegen Bin Ladin abgelehnt haben. Nach den Anschlägen auf amerikanische Botschaften in Ostafrika im August 1998 beschossen die USA ein Ausbildungslager der AL-QAIDA mit cruise missiles, und in den Folgejahren nahmen die Taleban wegen Bin Ladin sogar UNO-Sanktionen in Kauf, die von den USA und Russland einvernehmlich durchgesetzt wurden. Während das „Gastrecht“ von Bin Ladin in Afghanistan selbst innerhalb der Taleban-Führung umstritten war, hielt Mullah Umar, der „Emir“ der Taleban, unbeirrt daran fest, in einer Mischung aus Sturheit und politischer Naivität, da er die Wichtigkeit des Problems für die USA verkannte. So hatte Bin Ladin mit Aiman al-Zawahiri⁷ und einigen anderen Extremistenführern bereits im Februar 1998 in Afghanistan eine Globale Islamische Front zum Jihad gegen Juden und Kreuzfahrer ausgerufen und u.a. die Tötung jedes Amerikaners, ob Militär oder Zivilist, für legitim erklärt. In der Folgezeit ließ Bin Ladin in verschiedenen Interviews keinen Zweifel an seinem Ziel eines terroristischen „Kriegs“ gegen die USA, und den Anschlägen in Ostafrika folgte im Oktober 2000 ein Anschlag der AL-QAIDA gegen ein amerikanisches Kriegsschiff im Hafen von Aden (Jemen).

Die Vorbereitung der Anschläge vom 11. September 2001 erfolgte allerdings ohne Wissen der Taleban, die anschließend behaupteten, derartige Anschläge könnten keinesfalls vom kriegszerstörten Afghanistan aus organisiert worden sein. Auch nach einem Ultimatum des US-Präsidenten George W. Bush sprach Mullah Umar von „unbewiesenen Anschuldigungen“ und verweigerte in Verkennung seiner Lage Maßnahmen gegen AL-QAIDA.

⁷ Der ägyptische Arzt Aiman al-Zawahiri (geb. 1951) wurde wegen seines Engagements in der Gruppe Islamischer Jihad nach der Ermordung des Präsidenten Sadat 1981 verhaftet. Nach seiner Freilassung hielt er sich von 1985-1992 in Pakistan und anschließend bis 1996 im Sudan auf. Von 1997-2001 befand er sich an der Seite von Bin Ladin in Afghanistan, wo er 2001 die „Vereinigung“ des Islamischen Jihad mit AL-QAIDA bekanntgab und als deren zweiter Mann nach Bin Ladin galt. Seit 2003 ist er in zahlreichen Propagandavideos der AL-QAIDA aufgetreten und hat mehrere längere Schriften verfasst.

Letztendlich opferte Mullah Umar damit Ende 2001 seine Macht der Solidarität mit Bin Ladin, der zwar Jahre zuvor einen Treueeid auf Mullah Umar geleistet, aber dann ohne Rücksicht auf die Folgen für seine afghanischen Beschützer seinen Plan spektakulärer Terroranschläge in den USA verfolgt hatte. Die dadurch provozierte Operation Enduring Freedom führte innerhalb von zwei Monaten zum Zusammenbruch des Taleban-Regimes und zur Vertreibung seiner Vertreter nach Pakistan oder in den afghanischen Untergrund, während Bin Ladin und einige andere Führer der AL-QAIDA unverseht entkommen konnten.

AL-QAIDA nach der Flucht aus Afghanistan: gescheitert und dennoch „triumphierend“

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 stellten alles in den Schatten, was bisher von nicht-staatlichen Akteuren an mörderischer, destruktiver Gewalt entfesselt worden ist, zumal innerhalb weniger Stunden und vor den Augen der ganzen Welt, die die Ereignisse gebannt vor den Fernsehschirmen verfolgt hat. Sie waren das bisherige Nonplusultra des „Terrorismus als Medienereignis“ und weckten in ihrer menschenverachtenden Rücksichtslosigkeit Befürchtungen, dass AL-QAIDA auch vor dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen nicht zurückschrecken würde, sofern sie eine Chance dafür bekäme. Aber welche konkreten politischen Ziele verfolgte Bin Ladin mit diesen monströsen Akten des Terrorismus?

Unter den vielen Interpretationen, die seit Ende 2001 veröffentlicht worden sind, erscheinen die des ägyptischen Islamisten Sayyid Imam⁸, eines frühen Weggefährten von Bin Ladin und Al-Zawahiri, besonders überzeugend. Sayyid Imam hält Geltungsdrang für die wesentliche Antriebskraft Bin Ladins, die sich mit seinem religiös-politisch begründeten Hass auf die USA wegen deren Unterstützung Israels und sonstiger „Verbrechen gegen die Muslime“ (u.a. im Irak und durch die „Besetzung“ Saudi-Arabiens nach der Kuwait-Invasion 1990) verbunden hat. So hatte Bin Ladin schon in den frühen 1990er Jahren den Plan verfolgt, weltweit islamische „Widerstandsbewegungen“ gegen die USA zu organisieren, und ab 1996 hatte er öffentlich zum Jihad gegen die USA aufgerufen, aber die ihm zur Verfügung stehenden Mittel blieben weit hinter Bin Ladins persönlichen Ambitionen zurück.

8 *Der ägyptische Arzt Sayyid Imam (alias Dr. Fadl; geb. 1950) war wie Al-Zawahiri 1981 Angeklagter im Sadat-Mordprozess, konnte aber schon 1982 Ägypten verlassen und hielt sich 1983-1993 in Pakistan auf. Dort fungierte er als Scharia-Experte und zeitweiliger Vorsitzender der Gruppe Islamischer Jihad und verfasste ein Standardwerk über den Jihad. 1993 überwarf er sich mit Al-Zawahiri und Bin Ladin und arbeitete 1994-2001 als Arzt im Jemen. Dort wurde er 2001 verhaftet und 2004 nach Ägypten ausgeliefert, wo er seitdem in Haft mehrere Streitschriften gegen AL-QAIDA verfasst hat.*

Dann wandte sich ca. 1999 Khalid Shaikh Muhammad⁹ mit dem Plan eines Einsatzes von Passagierflugzeugen als terroristische Waffen an Bin Ladin, was dieser enthusiastisch aufgriff und die Finanzierung sicherstellte. Bin Ladin und sein Juniorpartner Al-Zawahiri, der sich nach 2001 zum größten Apologeten der „gesegneten Angriffe von Manhattan“¹⁰ aufgeschwungen hat, träumten davon, dass die Anschläge auf Macht- und Wirtschaftszentren im Herzen der USA wie ein Fanal wirken würden: Die muslimische Umma sollte ihren „Furchtkomplex“ überwinden und sich gegen die USA und deren „Vasallen“ in der islamischen Welt – u.a. die Regimes von Ägypten und Saudi-Arabien – erheben, unter der ideologischen und schließlich auch politischen Führung der AL-QAIDA.

Eine unmittelbare Folge der Anschläge vom 11. September war allerdings der Verlust der sicheren Basis für AL-QAIDA in Afghanistan und Tod oder Verhaftung vieler ihrer führenden Mitglieder, während Bin Ladin, Al-Zawahiri und andere sich durch Flucht der Verantwortung entziehen konnten. Aus der Sicht von Sayyid Imam hat Bin Ladin 2001 sowohl das „Islamische Emirat“ der Taleban als auch seine eigene Organisation (AL-QAIDA) seinem Größenwahnsinn geopfert. Zudem habe er mit islamrechtlich falschen Rechtfertigungen terroristischer Gewalt gegen Unschuldige „die Religion des Islams verfälscht“ und weltweit den Muslimen geschadet. Im Übrigen waren Bin Ladin und Al-Zawahiri ungeachtet ihrer martialischen Rhetorik vom „Jihad als Pflicht für jeden Muslim“ die ersten, die angesichts der amerikanischen Angriffe die Flucht ergriffen und sich in Sicherheit brachten, nach dem Motto: „Ihr kämpft und bezahlt die Zeche, während wir euch anfeuern und Spenden sammeln!“¹¹

Eine andere mögliche Interpretation ist jedoch, dass Bin Ladin die amerikanische Invasion Afghanistans und den Sturz der Taleban sehr wohl vorausgesehen hat, was sich gut in seinen „großen Plan“ einer umfassenden Konfrontation der Muslime gegen die USA eingefügt habe. Indem die USA 2001 selbst ein muslimisches Land militärisch besetzt haben, boten sie propagandistisch und real eine weit größere Angriffsfläche. Als dann 2003 noch die Invasion des Irak folgte, schien sich in den Augen vieler Muslime die These der AL-QAIDA einer „weltweiten Aggression der ‚Juden und Kreuzfahrer‘ gegen die Umma“ zu bestätigen. Zweifellos ist AL-QAIDA als

9 Der 1964 in Kuwait als Sohn pakistanischer Eltern geborene Khalid Shaikh Muhammad wurde 2002 in Pakistan verhaftet und an die USA ausgeliefert. Er hat sich in umfangreichen Geständnissen als „Erfinder“ des Anschlagplans vom 11. September 2001 bekannt.

10 So der Sprachgebrauch von Al-Zawahiri in diversen Propagandavideos.

11 So fasst Sayyid Imam, der Bin Ladin und Al-Zawahiri als „Internethelden“ verspottet, deren Haltung ironisch-prägnant zusammen.

Organisation schon Ende 2001 sehr geschwächt worden und konnte seitdem keinen weiteren auch nur annähernd mit dem 11. September vergleichbaren Anschlag mehr organisieren. Andererseits begann 2002 bzw. spätestens 2003 eine neue Phase des „dezentralisierten globalen Jihads“, in dem Bin Ladin, Al-Zawahiri und einige weitere Propagandisten der AL-QAIDA eine ideologische Meinungsführerschaft behaupten konnten, vor allem dank des Aufkommens spezialisierter Internetforen, die regelmäßig „jihadistische“ Propaganda für einen weltweiten Sympathisanten- und Interessentenkreis verbreiten. Für die beiden meistgesuchten Terroristenführer der Welt war allein schon ihr Überleben in Freiheit seit Ende 2001 – mutmaßlich im pakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan – ein propagandistischer Sieg, und sie produzieren sich seitdem regelmäßig mit staatsmännischer Pose in immer professioneller gestalteten Audio- und Videobotschaften mit Kommentaren zu aktuellen politischen Ereignissen, Drohungen an die Gegner, zur Schau gestellter Siegeszuversicht und nicht zuletzt Durchhalteappellen an die „Mujahidin“ weltweit und religiösen Appellen an die gesamte islamische Umma, die „Mujahidin“ finanziell und anderweitig zu unterstützen.¹²

Bereits 2003-2004 verübte eine Organisation AL-QAIDA auf der Arabischen Halbinsel eine Reihe von Anschlägen in Saudi-Arabien und profilierte sich mit intensiver Internetpropaganda. In den Jahren 2003-2006 wurde der Irak zum neuen Hauptschauplatz des „globalen Jihads“, der Tausende von freiwilligen Kämpfern und Selbstmordattentätern, besonders aus arabischen Ländern, anzog, während die von dem Jordanier Abu Mus'ab Al-Zarqawi gegründete terroristische Gruppe Jama'at al-Tauhid wal-Jihad sich zur AL-QAIDA im Zweistromland umbenannte und sich formell Bin Ladin unterordnete. 2007 folgte die algerische Groupe Salafiste pour la Predication et le Combat dem irakischen Beispiel und benannte sich in AL-QAIDA im Islamischen Maghreb um. Weitere AL-QAIDA ideologisch nahestehende Gruppen agierten im Nordkaukasus, in Somalia und im Jemen. Die Idee des „globalen Jihad“ fand ferner Resonanz bei muslimischen Extremisten in europäischen Ländern, die zum Teil auf eigene Faust und zum Teil im Auftrag der AL-QAIDA-Führung in Pakistan Anschläge verübten oder vorbereiteten, darunter hervorzuheben die Anschläge in Madrid (März 2004) und London (Juli 2005). AL-QAIDA wurde so zu einem „Markennamen“, dessen sich Nachahmergruppen auch ohne nachweisliche Unterordnung unter die Autorität Bin Ladins, bzw. ohne dessen organisatorische Einbindung in ihre terroristischen Aktivitäten, bedient haben.

¹² Ein weiteres wichtiges Element der „jihadistischen“ Internetpropaganda stellt seit 2003 die Dokumentation von Anschlägen und Kampfhandlungen im Irak, in Afghanistan und an anderen Schauplätzen des „globalen Jihads“ dar, die jeweils als Videofilme heruntergeladen werden können.

Afghanistan und Pakistan als erneute Schwerpunkte des „globalen Jihads“

Während Ende 2001 Hunderte von aus Afghanistan geflohenen Kämpfern der AL-QAIDA und anderer extremistischer Gruppen in Pakistan verhaftet und an die USA ausgeliefert wurden, fand eine noch größere Zahl – mutmaßlich einschließlich von Bin Ladin, Al-Zawahiri und anderen AL-QAIDA-Führern¹³ – Zuflucht bei Sympathisanten in den paschtunischen Tribal Areas im Grenzgebiet Pakistans zu Afghanistan. Diese Gebiete haben weder unter britischer Kolonialherrschaft noch seit der Staatsgründung Pakistan 1947 direkter staatlicher Kontrolle unterstanden¹⁴ und sind in politischer und wirtschaftlicher Rückständigkeit gehalten worden. In den 1980er Jahren waren sie Rückzugs- und Aufmarschgebiet der afghanischen Mujahidin, und in den 1990er Jahren wurden dort Tausende freiwilliger Hilfstruppen der afghanischen Taleban rekrutiert. Die „Talebanisierung“ der Tribal Areas begann schon in den 1990er Jahren und beschleunigte sich nach dem Sturz des Taleban-Regimes in Afghanistan, der den Anti-Amerikanismus unter den örtlichen Paschtunen angeheizt hat. So fanden die afghanischen Taleban nach 2001 erneut Unterstützung und freiwillige Mitkämpfer in Pakistans Tribal Areas und formierten sich ab 2003 schrittweise als „Widerstandsbe-
wegung“ in Afghanistan. Diesen zweiten „Jihad“ in Afghanistan hat AL-QAIDA nach besten Kräften propagandistisch als Teil des „globalen Jihads“ vereinnahmt und in der Anfangsphase wohl auch maßgeblich unterstützt, finanziell und mit der Vermittlung terroristischer Expertise (u.a. für Sprengstoffanschläge, darunter die bis 2001 in Afghanistan niemals praktizierten Selbstmordanschläge).

Während Pakistan den „Widerstandskampf“ der afghanischen Taleban und sichere Rückzugsgebiete für diese auf eigenem Staatsgebiet nach 2001 stets stillschweigend geduldet oder sogar gefördert hat, sah sich Präsident Musharraf unter amerikanischem Druck ab 2003 gezwungen, gegen die offensichtliche Präsenz von Hunderten arabischer und zentralasiatischer Extremisten in den Tribal Areas militärisch vorzugehen. Eine Reihe von Operationen der pakistanischen Armee in Nord- und Südwestwaziristan und anderen Tribal Agencies führte jedoch lediglich zu brüchigen „Friedensabkommen“ mit einer ständig wachsenden Bewegung örtlicher „Militanter“, die alle Verträge brachen und schließlich ihre Macht im größten Teil der Tribal Areas

13 Einige dieser AL-QAIDA-Führer wurden später nachweislich in Pakistan getötet oder verhaftet.

14 Das von den Briten übernommene System indirekter Kontrolle der sieben Federally Administered Tribal Areas (FATA) in Pakistan basiert auf kollektiver Verantwortlichkeit der Stämme bzw. Stammesführer für die lokale Sicherheit. Nach 2001 haben die traditionellen Stammesführer jedoch schrittweise ihre Macht an radikal-islamistische Gruppen verloren (vgl. unten).

und auch in angrenzenden paschtunischen Gebieten konsolidierten. Ende 2007 verbündeten sich verschiedene regionale Gruppen zu einer Tehrik-i Taliban Pakistan, die ihren Machtbereich 2008 sogar auf das nur 150 km von der Hauptstadt entfernte Swat-Tal ausdehnen konnte und auch im pakistanischen Kernland, der Provinz Punjab, zusehends Anhänger fand. Nach dem Vorbild der afghanischen Taleban strebt die Tehrik-i Taliban Pakistan längerfristig eine Machtübernahme im ganzen Land unter dem Vorwand der „Durchsetzung der Scharia“ an.

Amerikanische Militärs und Politiker warnten seit Anfang 2007 vor einem neuen „sicheren Hafen“ für AL-QAIDA in Pakistans Tribal Areas und erhöhten den Druck auf Pakistan, dagegen einzuschreiten. Tatsächlich hat der Konfliktschauplatz Pakistan und Afghanistan seit 2007 erneut eine Schlüsselrolle für AL-QAIDA und letztlich für die Ideologie des „globalen Jihads“ insgesamt gewonnen. Während der von AL-QAIDA im Zweistromland¹⁵ dominierte anti-amerikanische Widerstand im Irak Ende 2006 seinen Zenit überschritten hat, gewannen sowohl der Aufstand der Taleban in Afghanistan als auch der Machtbereich und die terroristischen Aktivitäten der Extremisten in Pakistan nach 2007 weiter an Umfang. Ab 2007 multiplizierten sich auch Propagandabotschaften der AL-QAIDA, die sich direkt an pakistanische Sympathisanten wandten und diese zu einer kompromisslosen, totalen Konfrontation gegen die eigene Regierung und Armee aufzustacheln versuchten. Ein wichtiges Ereignis in diesem Zusammenhang war die Stürmung der Roten Moschee und einer angrenzenden Madrasa (religiösen Schule) in Islamabad im Juli 2007 durch pakistanische Kommandotruppen, nachdem diese zuvor monatelang als Basis für örtliche Extremisten gedient hatte, die versucht hatten, sich in der Hauptstadt als Sittenpolizei aufzuspielen, und schließlich auch die Polizei mit Schusswaffen angriffen. Die mindestens Hundert „Märtyrer der Roten Moschee“ werden seitdem auch von AL-QAIDA regelmäßig als Beleg für den „unislamischen“ Charakter des Regimes in Pakistan angeführt.

Indem AL-QAIDA die pakistanische Armee und Polizei zu legitimen Zielen des „Jihad“ erklärte und die Tehrik-i Taliban Pakistan in einen Kampf um die Macht in Pakistan mit terroristischen Mitteln zu treiben suchte, hat sich AL-QAIDA allerdings auch in Gegensatz zu den afghanischen Taleban gebracht, die auf Pakistan als Rückzugs- und Versorgungsbasis angewiesen sind und bis heute (2010) zumindest einen modus vivendi mit der pakistani-

15 Seit Ende 2006 präsentiert sich AL-QAIDA im Zweistromland propagandistisch als sogenannter Islamischer Staat Irak, ein Bündnis der örtlichen AL-QAIDA mit anderen extremistischen Gruppen.

schen Armee und deren Geheimdienst ISI pflegen.¹⁶ Tatsächlich haben sich die afghanischen Taleban von den terroristischen Anschlägen der Tehrik-i Taliban Pakistan distanziert und sind seit Ende 2009 in ihren Verlautbarungen auch deutlich auf Distanz zur Ideologie des „globalen Jihads“ gegangen, die von AL-QAIDA propagiert wird. Zwar hält das von Sirajuddin Haqqani und seinem Vater Jalaluddin geführte „Haqqani-Netzwerk“, das für besonders viele terroristische Anschläge in Kabul und einigen östlichen Provinzen Afghanistans verantwortlich ist, mutmaßlich immer noch enge Beziehungen zur AL-QAIDA, aber gleiches gilt nicht mehr für die Taleban-Führung in den südlichen Provinzen, dem Macht- und Operationsschwerpunkt der Taleban.

Während seit Ende 2009 ein politisches Arrangement mit den wieder erstarkten Taleban in Afghanistan in den Bereich des Möglichen gerückt ist, kann davon ausgegangen werden, dass die USA und die NATO eine eindeutige und vollständige Lossagung der Taleban von AL-QAIDA zur unverzichtbaren Bedingung selbst für einen Teilabzug machen würden. Auch wenn Mullah Umar und andere Führer der Taleban dies noch nicht explizit erklärt haben, wären sie sicher bereit, diesen Preis im Rahmen von Abzugsverhandlungen zu zahlen, und sie würden eine etwa wieder gewonnene Macht selbst in Teilen Afghanistans sicher nicht noch einmal für Bin Ladin und AL-QAIDA aufs Spiel setzen wollen. Andererseits hätte ein offiziell anerkanntes Comeback der Taleban erhebliche negative Folgen, nicht nur für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Afghanistan, sondern für die ganze Region bis hin zum arabischen Nahen Osten. Nachdem in Afghanistan schon einmal eine Supermacht (die Sowjet-Union) durch einen „Jihad“ besiegt worden ist, hätte jede Vereinbarung, die als „Sieg im Jihad gegen die amerikanischen Besatzer“ dargestellt werden könnte, erhebliche Signalwirkung für Extremisten. In erster Linie gilt das für den radikalen Islamismus in Pakistan, der neuen Auftrieb erhalten würde, aber auch in den anti-amerikanischen Milieus vieler arabischer Staaten hat man seit Ende 2001 die Rückständigkeit und Brutalität des Taleban-Regimes 1996-2001 vergessen und thematisiert im Zusammenhang mit Afghanistan nur noch dessen Besetzung durch die USA und den „Widerstand“ der Taleban dagegen. Ein „Sieg“ der Taleban würde auf jeden Fall von AL-QAIDA und anderen arabischen Extremisten propagandistisch ausgeschlachtet werden, auch

*16 Mutmaßlich werden die afghanischen Taleban weiterhin aktiv vom ISI gefördert, zumindest aber geduldet. So unterscheidet auch die pakistanische Armee noch 2010 zwischen „guten Taleban“, die nur in Afghanistan kämpfen und deren Machtbereiche in Nordwaziristan und Teilen Südwestwaziristans bis heute unangetastet blieben, und „schlechten Taleban“, die 2009 in großangelegten militärischen Kampagnen im Swat-Tal und in Südwestwaziristan bekämpft wurden. Besonders gravierende Vorwürfe gegen den ISI erhob eine im Juni 2010 in London veröffentlichte Studie von Matt Waldman, *The Sun in the Sky: The relationship between Pakistan's ISI and Afghan insurgents*.*

wenn er kaum zur Rückkehr einer Situation wie vor dem September 2001 führen würde.

Die aktuelle Situation und Perspektiven des „globalen Jihads“

Trotz der Ausweitung des Aktionsraums der pakistanischen Extremisten, die AL-QAIDA heute ideologisch und organisatorisch näherstehen als die afghanischen Taliban, und die in den letzten Jahren Hunderte von schweren Anschlägen auch im pakistanischen Kernland verübt haben, besteht kaum eine Gefahr, dass diese etwa in ganz Pakistan die Macht übernehmen könnten. Vielmehr hat die pakistanische Armee 2009 in monatelangen großen Operationen zunächst die Kontrolle über das Swat-Tal zurück gewonnen und anschließend die Hauptbasis der Tehrik-i Taliban Pakistan in Süd-Waziristan zerschlagen, wobei sie die öffentliche Meinung auf ihrer Seite hatte. Auch in anderen Tribal Agencies (Bajaur, Khyber, Orakzai) wurden 2009 und 2010 erfolgreiche Großoperationen gegen die Tehrik-i Taliban Pakistan geführt, deren Gründer Baitullah Mehsud bereits im August 2009 durch einen amerikanischen Drohnenangriff starb.¹⁷ Die USA haben solche Angriffe auf pakistanischem Staatsgebiet seit Ende 2008 (nach dem Rücktritt von Präsident Musharraf) multipliziert, besonders in Nord- und Süd-Waziristan, und seitdem Dutzende weitere, zum Teil hochrangige Mitglieder der AL-QAIDA getötet. Der wachsende militärische Druck auf die in Pakistan verbliebenen Kader der AL-QAIDA, finanzielle Engpässe und Schwierigkeiten, neue Rekruten aus arabischen Ländern zu mobilisieren, spiegelt sich in vielen Propagandabotschaften der letzten Jahre wider, mit zum Teil geradezu verzweifelten Durchhalteappellen, Spendenaufrufen und Klagen über die „Allgegenwart von Spionen“. Was Anfang 2007 noch als „sicherer Hafen“ der AL-QAIDA in Pakistan galt, ist inzwischen in Gefahr, aufgerieben oder verraten zu werden, und auch die Entdeckung und Tötung von Bin Ladin selbst sowie von den Hauptpropagandisten Al-Zawahiri und Abu Yahya al-Libi¹⁸ ist heute eher denkbar als in den Jahren 2002-2009. Eine etwaige Gefangennahme der genannten AL-QAIDA-Führer ist hingegen nach wie vor sehr unwahrscheinlich, d.h. sie würden im Zweifelsfall wohl als „Märtyrer“ propagandistisch fortleben und so ihren Nimbus und ideologischen Einfluss behalten.

17 Nachfolger von Baitullah, der als verantwortlich für die Organisation von zahlreichen Terroranschlägen in Pakistan galt, wurde Hakimullah Mehsud.

18 Dem 1963 in Libyen geborenen Hasan Qaid alias Abu Yahya al-Libi gelang im Juli 2005 die Flucht aus dem amerikanischen Militärgefängnis in Bagram (Afghanistan). Er ist seitdem in Dutzenden Propagandavideos der AL-QAIDA aufgetreten und hat mehrere islamrechtliche Schriften zur Rechtfertigung des Jihads und zu Detailfragen im Zusammenhang mit dem Jihad verfasst. Für einige Experten gilt er als aussichtsreichster potenzieller Nachfolger von Bin Ladin.

Eine etwaige vollständige Zerschlagung der „Kern-AL-QAIDA“ um Bin Ladin würde auch keinesfalls das Ende der gleichgesinnten Extremistengruppen bedeuten, die sich zum Teil als regionale „Zweige“ der AL-QAIDA darstellen bzw. das anstreben. AL-QAIDA im Zweistromland, die seit Jahren die Selbstbezeichnung Islamischer Staat Irak bevorzugt, hat die Serie schwerer Anschläge auch nach der Tötung ihrer Führungsspitze im April 2010 und dem Abzug der amerikanischen Kampftruppen im August 2010 fortgesetzt und wird noch lange eine ernste Bedrohung für die innere Sicherheit des Irak bleiben. AL-QAIDA im Islamischen Maghreb verfügt über große Rückzugsräume in der Sahara, entführt regelmäßig Ausländer und bleibt eine potenzielle Bedrohung in Europa. AL-QAIDA auf der Arabischen Halbinsel profitiert vom schleichenden Staatszerfall im Jemen und konnte dort in den letzten Jahren ihre Position konsolidieren. Ebenfalls noch auf dem Vormarsch befindet sich die Bewegung der Jungen Mujahidin in Somalia, die im Juli 2010 erstmals auch außerhalb Somalias (in Uganda) Anschläge verübt hat. Kleine AL-QAIDA-nahe Gruppen sind ferner im Gaza-Streifen und im Libanon aktiv, die Lage im Nordkaukasus bleibt unstabil, und auch in Indonesien ist der islamistische Extremismus nach dem Vorbild von AL-QAIDA noch eine Herausforderung. Der Ausgang des Konflikts in Afghanistan bleibt offen, und Pakistan ebenso wie Indien bleiben einstweilen wichtige Zielländer für terroristische Aktionen des „globalen Jihad“. In den USA gab es in den letzten Jahren eine Reihe von versuchten und tatsächlichen Anschlägen islamistischer Extremisten, und auch in Europa drohen weiterhin terroristische Anschläge, ob durch Einzeltäter oder durch die genannten Gruppen.

Dennoch gibt es Grund zum Optimismus, dass die Ideologie des „globalen Jihads“ weiter an Anziehungskraft verlieren und sich schließlich überleben wird. Tatsächlich hat Bin Ladin keines seiner seit den 1990er Jahren proklamierten Ziele auch nur annähernd erreicht, sondern die Anschläge vom 11. September 2001 hatten eher gegenteilige Folgen. Die USA haben einen hohen Preis für ihre Kriege in Afghanistan und im Irak bezahlt, sind aber dort und in der ganzen Region heute in einer stärkeren Position als vor dem September 2001. In den meisten arabischen und anderen islamischen Staaten wurde energischer als zuvor gegen islamistischen Extremismus vorgegangen, und namentlich in Saudi-Arabien und Ägypten, zwei Hauptzielländern der AL-QAIDA-Propaganda, wurden die Extremisten deutlich in ihre Schranken gewiesen. Der angestrebte „Aufstand der islamischen Umma“ gegen die USA und deren „Vasallen“ ist nirgendwo in Sicht, bzw. beschränkt sich auf die o.g. extremistischen Gruppen, die zwar eine gewisse Zahl von Desperados anziehen, aber keinesfalls eine breite Basis in der Bevölkerung mobilisieren können. Schließlich sind auch unter dezidiert anti-amerikanischen Muslimen nur wenige bereit, dem Ruf der Prediger des

„globalen Jihads“ zu folgen und Leib und Leben bzw. die eigene berufliche und wirtschaftliche Existenz für eine terroristische Karriere im eigenen Land oder für den Einsatz an einem der „Schauplätze des Jihads“ aufs Spiel zu setzen. Bin Ladin, Al-Zawahiri und andere Propagandisten der AL-QAIDA fordern ihren Anhängern ein Maximum an persönlichen Opfern ab, ohne eine realistische politische Strategie und Perspektive anbieten zu können. Vergleichsweise weit erfolgreicher waren pragmatische Islamisten wie die ägyptischen Muslimbrüder, die palästinensische Hamas und die libanesische Hizbullah, die jeweils zu einem bestimmten Zeitpunkt erkannt haben, dass Gewalt allein ohne politische Flexibilität nicht zum Ziel führt, und die dafür von AL-QAIDA regelmäßig als „Verräter“ beschimpft werden.

Im Übrigen haben auch viele Islamisten, die durchaus mit den Fernzielen der AL-QAIDA, wie der Zurückdrängung des westlichen Einflusses in der islamischen Welt, Implementierung der Scharia und Errichtung eines pan-islamischen Kalifats, sympathisieren, sich seit den Anschlägen vom 11. September 2001 kritisch mit den Methoden der AL-QAIDA und mit deren scheinbaren Rechtfertigungen auseinandergesetzt und sind zu dem Schluss gekommen, dass das islamische Kriegsrecht in keinem Fall die Tötung oder Verletzung von Nichtkombattanten durch terroristische Anschläge zulässt. Die „islamrechtlichen“ Argumente der AL-QAIDA für diese und andere Terroranschläge sind inzwischen von vielen Autoren als laienhaft, inkompetent oder sogar als „verbrecherische Verfälschung der islamischen Religion“ zurückgewiesen worden, und in einigen islamischen Ländern (Ägypten, Saudi-Arabien, Libyen, Indonesien) haben zahlreiche ehemalige Extremisten ihre früheren Ansichten widerrufen und propagieren seitdem ein gewaltfreies Engagement für ihre Ziele. Zwar handelte es sich bei den meisten dieser geläuterten Islamisten um Gefängnisinsassen, die so ihre Haftstrafen verkürzen oder andere Erleichterungen erhalten konnten, aber ihre Publikationen waren Grund genug für Al-Zawahiri und andere Führer der AL-QAIDA, umfangreiche Repliken zu schreiben, die ihrerseits neue Schwächen ihrer Argumentation offengelegt haben. Zumindest den Regierungen der o.g. islamischen Staaten ist es auf diese Weise gelungen, einheimische Extremisten zu de-radikalisieren, so dass sie ohne Risiko für die innere Sicherheit vorzeitig aus der Haft entlassen werden konnten.

Ein Fakt, den manche erklärte Islamisten bereitwillig eingestehen, ist der Zusammenhang zwischen den Anschlägen vom 11. September und weiteren terroristischen Anschlägen gegen westliche Ziele einerseits und einem wachsenden Trend zur „Islamophobie“ in westlichen Staaten andererseits. Solche Kritiker werfen Bin Ladin und anderen Apologeten terroristischer Methoden vor, das Ansehen des Islams und der Muslime in der Welt beschädigt zu haben und damit indirekt auch für Phänomene wie die 2005

verbreiteten dänischen Karikaturen des Propheten Muhammad verantwortlich zu sein. Bin Ladin selbst hat seit Jahren wiederholt vergeblich versucht, sich in Audiobotschaften an die Amerikaner und Europäer mit sogenannten „Waffenstillstandsangeboten“ als „Verhandlungspartner“ darzustellen und das Verbrechen des 11. Septembers als bloße „Warnbotschaft“ herunterzuspielen. Im Januar 2010 thematisierte er in seinem Bemühen um „Seriosität“ sogar den Klimawandel (!). Wenige Tage später lobte Bin Ladin allerdings in einer Audiobotschaft „Von Usama an Obama“ den gescheiterten Attentäter auf ein Passagierflugzeug beim Anflug auf Detroit (25. Dezember 2009) als „Helden“, der „eine Botschaft an Amerika“ wie zuvor „die Helden vom 11. September“ überbracht hätte. Abgesehen davon, dass Bin Ladin sich damit einmal mehr als der Verbrecher präsentiert hat, der er ist, war die Botschaft auch ein Indiz dafür, in welchem Maße die terroristischen Kapazitäten von AL-QAIDA inzwischen reduziert worden sind.

AL-QAIDA als eine zentral geführte Organisation mit dem Anspruch, im Namen der islamischen Umma einen „Krieg gegen die USA“ zu führen, wird vielleicht in wenigen Jahren nur noch Geschichte sein. Unter der großen Zahl von Muslimen, die die USA wegen ihrer Unterstützung Israels und ihrer Kriege in Afghanistan und im Irak hassen, wird ein Teil weiterhin Bin Ladin – ob tot oder lebendig – bewundern, weil er es gewagt hat, die USA nicht nur mit Worten anzugreifen. Dennoch ist die Zustimmung für Bin Ladin und AL-QAIDA in Meinungsumfragen in der islamischen Welt in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, und die aktive Unterstützung durch Geldspenden und neue arabische Rekruten für AL-QAIDA scheint allmählich auszutrocknen.

Die Ideologie des „globalen Jihads“ wird im Internet und in der Propaganda der diversen von AL-QAIDA inspirierten Gruppen fortleben und wohl auch weiterhin Einzeltäter und Kleingruppen unter den Muslimen der Diaspora zu terroristischen Anschlägen motivieren. Eine Nachfolgeorganisation für AL-QAIDA, die weltweit „richtungweisend“ für muslimische Extremisten sein könnte, ist jedoch bisher nicht in Sicht, und in denjenigen islamischen Ländern, wo größere extremistische Gruppen weiterhin aktiv sind, gibt es jeweils starke Ablehnung in der Bevölkerung gegen deren Methoden, denen in erster Linie Muslime zum Opfer fallen.¹⁹ Dennoch werden auch nach dem absehbaren Ende der Ära der AL-QAIDA regionale extremistische Organisationen noch viele Jahre lang mit Mord und Terror für utopische

¹⁹ Eine im Dezember 2009 veröffentlichte Untersuchung des Combating Terrorism Center in West Point (USA) hat festgestellt, dass 85 % von 3110 Todesopfern der Anschläge von AL-QAIDA und ihr nahestehenden Gruppen zwischen 2004-2008 Muslime waren. (Titel: *Deadly Vanguard: A Study of al-Qa'ida's Violence against Muslims*).

politische Ziele kämpfen und sich dabei der seit Ende 2001 eingeführten Argumentationsmuster des „globalen Jihads“ bedienen.

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren

Uwe Schönemann

Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport

Dr. Ralph Ghadban

ist Islamwissenschaftler und Publizist. Er arbeitet als Dozent an der Evangelischen Fachhochschule Berlin. Veröffentlichungen u. a. Tariq Ramadan und die Islamisierung Europas, Schiler Verlag 2006

Lamya Kaddor

ist Autorin und islamische Religionspädagogin. Veröffentlichungen u. a. Muslimisch, weiblich, deutsch. Mein Weg zu einem zeitgemäßen Islam, Verlag C.H. Beck 2010

Lamya Kaddor gehört zu den muslimischen Sprecherinnen für das deutschlandweit erste muslimische Wort im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, dem sog. „Forum am Freitag“ des ZDF

Seit Juli 2010 ist sie Vorsitzende des neu gegründeten Liberal-Islamischen Bundes e.V.

Günther Lachmann

ist Autor und politischer Korrespondent von Die Welt / Welt am Sonntag. Veröffentlichungen u. a. Tödliche Toleranz. Muslime und unsere offene Gesellschaft, Piper-Verlag, 2005

Albrecht Metzger

ist freier Autor und Islamwissenschaftler. Er war von 1997 bis 1998 wissenschaftlicher Assistent am Orient-Institut Beirut. Veröffentlichungen u. a. Islamismus, EVA 2006

Dr. Yassin Musharbash

ist Arabist und Politologe. Als Journalist und arbeitete er für die taz, Jordan Times und die Neue Osnabrücker Zeitung. Zurzeit ist er als Redakteur bei Spiegel-Online tätig. Veröffentlichungen u. a. Die neue Al-Qaida, Innenansichten eines lernenden Terrornetzwerks, Kiepenheuer und Witsch 2006

Dr. Andreas Rieck

ist Islamwissenschaftler und war von 2002 bis 2006 Landesvertreter der Hans-Seidel-Stiftung in Pakistan. Seit 2007 tätig beim Bundeskriminalamt Berlin. Veröffentlichungen u. a. Pakistan zwischen Demokratisierung und „Talibanisierung“, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 39/2007)

Dr. Ali Ihsan Ünlü

ist Landesvorsitzender der DiTiB Niedersachsen/Bremen.



von links nach rechts: Dr. Andreas Rieck, Hans-Werner Wargel, Albrecht Metzger, Günther Lachmann, Dr. Ali Ihsan Ünlü, Lamyia Kaddor, Christian Holzgreve

Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
Niedersächsische Extremismus-
Informations-Stelle - NEIS
- Verfassungsschutz -
Postfach 44 20
30044 Hannover
Telefon: 0511 / 6709-217
Telefax: 0511 / 6709-394
E-Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@
abt6.mi.niedersachsen.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@abt6.mi.niedersachsen.de)

**Für die inhaltlichen Aussagen der
Beiträge tragen die jeweiligen Autorinnen
und Autoren die Verantwortung**